

# OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO-SUHR-INSTITUT

OSI-ZEITUNG 27. AUSGABE - WINTERSEMESTER 2023/24

## Wie rechts ist Deutschland?

Vier Nahaufnahmen der AfD plus  
Thorsten Faas und Julia Reuschenbach im Gespräch



© Klaas Moll

**CHATGPT**

Wie es  
OSI-Studis nutzen

**MAXIM LEO**

Ein Bestsellerautor  
vom OSI

**OSI-STYLE**

Wie politisch sind  
Klamotten?



CHRISTIAN WALTHER LEA MURRU SASKIA KABELITZ CHARLOTTE DIETRICH CHRISTINE KOLMAR  
 REDAKTIONSLEITUNG UND HERAUSGEBER DER OSI-ZEITUNG.

## Wohin die Reise (besser nicht) gehen soll

Zugegebenermaßen blinkt die Ampelregierung etwas wirr ins weite Land und gibt keine klaren Signale. Sich jedoch angesichts dramatisch steigender AfD-Umfragewerte damit zu trösten, dass es sich dabei weitgehend nur um Protestwähler handele, wäre leichtfertig. Denn ein genauerer Blick in die Texte der AfD zeigt, wohin die Reise gehen soll: NATO-Truppen raus aus Deutschland, gleichzeitig Annäherung an Russland, massenhafte Migrantenausweisung, Geburtenrate von zwei Kindern für deutsche Familien. Die AfD plant eine andere Republik, sagt der Rechtsextremismusexperte Frank Jansen und meint, sie radikalisiere sich zu einer der gefährlichsten rechtsextremen Parteien Europas. Die Parteienforscher:innen Faas und Reuschenbach ordnen Ursachen des enormen Zuwachses an AfD-Anhängern gerade in den neuen Bundesländern ein und wägen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung ab.

Und dann stellt sich die Frage, welche Rolle der neue Player in der deutschen Parteienlandschaft spielen wird: die BSW von Sahra Wagenknecht.

Manchmal hat man ja den Eindruck, dass es auch in der Politik Moden gibt – mal ist es der Klassenkampf, später Gendern, dann der Neokolonialismus. Aber ist Mode, der persönliche Kleidungsstil auch Politik? Jill Pappert hat gefragt – und einige Modebewusste haben geantwortet.

In der letzten Ausgabe hatten wir – zum 90. Geburtstag – ein Gespräch mit Helga Haftendorn. Wenige Wochen danach ist die Expertin auf dem Feld der Sicherheitspolitik gestorben. Auch Hannelore Horn ist gestorben – mit 93. Mathilda von Renesse, die Jüngste im aktuellen Redaktionsteam, hatte sie interviewen wollen – jetzt musste sie einen Nachruf schreiben – und beschreibt zugleich, wie sie sich angenähert hat an die erste Dozentin überhaupt am OSI.

Der Großvater von Rapper Ski Aggu – bürgerlich August Jean Diederich – war Gesprächspartner von Moritz Kreimeier: Prof. Nils Diederich, der auch als »Erfinder« des Wahl-O-Mat bekannt ist.

Egal ob tot oder quicklebendig – unsere Kontakte zu den Profs im Ruhestand brachten ganz nebenbei eine Auffälligkeit zu Tage: Sie leben oder lebten in großer Zahl im Umfeld der FU, in Dahlem oder Zehlendorf. Diese Zeiten sind vorbei. Die Nähe zur FU scheint für die später Berufenen oft unbezahlbar oder zu fern der Urbanität. Doch das Umfeld lohnt Spaziergänge und Ausflüge. Diesmal hat sich Sofie Eifertinger mit der Domäne Dahlem beschäftigt – ein Entschleunigungsprogramm, ganz im Kontrast zu unseren Debattenthemen ChatGPT und Twitter.

Wir wünschen anregende Lektüre. Und laden ein, bei der OSI-Zeitung mitzumachen. Gerne auch mit Kritik oder Anregungen.

# Wie rechts ist Deutschland?

- »Es gab schon immer Teile der Gesellschaft mit rechten Einstellungen«** **6**  
 Thorsten Faas und Julia Reuschenbach zum Rechtsruck in Deutschland  
*VON KLAAS MOLL UND CHRISTINE KOLMAR*
- Wissen die AfD Anhänger was sie da wählen?** **10**  
 Eine Leseprobe aus AfD-Texten und Grundsatzprogramm  
*VON CHRISTINE KOLMAR*
- »Hartnäckig Demokratie verteidigen und den Mund aufmachen«** **14**  
 Einschätzungen zur AfD  
*VON CHRISTINE KOLMAR, LINA KRAUSE UND LENNART NEMBACH*
- Bündnis- und Landesverteidigung mit der AfD:** **19**  
 Amerikanische Soldaten raus aus Deutschland bei gleichzeitiger  
 Annäherung an Russland  
*VON THOMAS RAABE*
- Augen öffnend** **22**  
 Wie der »AfD-Masterplan« vielleicht doch die Wähler wachrüttelt  
*VON FRANK JANSEN*
- Das Bündnis Sahara Wagenknecht - autoritär links?** **25**  
 Über die Verortung der neuen Partei und ihre Koalitionsfähigkeit  
*VON IWAN LUND*

## OSI-LEUTE

- Drei Buchseiten am Tag** **30**  
 Schriftsteller Maxim Leo im Gespräch  
*VON SASKIA KABELITZ*

## DEBATTE

- Schöner betrügen und betrogen werden mit ChatGPT** **34**  
 Wie Software unsere Bequemlichkeit fördert  
*VON TIM PÖßNECKER*
- Kann Twitter alias X noch Debatte?** **37**  
 Über Elon Musk, Wildwest-Zustände und das Waschbecken im Hauptquartier  
*VON JULIA ROTTMANN*
- Ihnestraße 22: Erinnerung ./.** **Erinnerung** **41**  
 Wenn Geschichte Geschichte verdrängt  
*VON CHRISTIAN WALTHER*

# CAMPUS

- Was macht eigentlich...Nils Diederich?** **45**  
 Wie Ski Aggus Großvater den Wahl-O-Mat in die Welt setzte  
 VON MORITZ KREIMEIER
- Es muss nicht immer Kanonenboot sein** **50**  
 Update Umbenennung Iltisstraße  
 VON CHRISTIAN WALTHER
- Fall School: Vom Hörsaal ins politische Berlin** **51**  
 Berufsfeldorientierung zwischen Auswärtigem Amt und Bundespressekonferenz  
 VON SASKIA BOLLER
- Die dritte Mensa: Der OSI-Imbiss von Nurinisa und Kutluhan** **55**  
 Über Kaffees, Corona und Freundschaften  
 VON TERESA BECHER
- Annäherung an Hannelore Horn** **58**  
 Ein Nachruf  
 VON MATHILDA VON RENESSE
- Tod hinter dem Eisernen Vorhang** **61**  
 Über die Hinrichtung von sechs Studenten in Moskau  
 VON JOCHEN STAADT
- Namen und Nachrichten** **65**  
 Neuigkeiten aus dem OSI  
 VON LEA MURRU

# KULTUR & CO

- Was trägt das OSI?** **71**  
 Stimmen aus der Ihnstraße zu Menschen und Moden  
 VON JILLIAN MIRA PAPPERT
- Domäne Diesseits** **74**  
 800 Jahre auf demselben Acker – vom Rittergut zum Biohof  
 VON SOFIE EIFERTINGER

Abgrund  
für  
Deutschland

Columbia

# »Es gab schon immer Teile der Gesellschaft mit rechten Einstellungen«

**Thorsten Faas und Julia Reuschenbach zum Rechtsruck in Deutschland**

VON KLAAS MOLL UND CHRISTINE KOLMAR

Thorsten Faas, seit 2017 Prof. am OSI und Julia Reuschenbach, seit 2022 wissenschaftliche Mitarbeiterin an selber Stelle, sind spezialisiert auf Parteien- und Wahlforschung. Beide sind in den Medien gefragte Interviewpartner, um Parteien und Wahlergebnisse zu kommentieren. Dieses Interview wollten beide zusammen geben.

## **OSI-Zeitung: Herr Faas, wie rechts ist Deutschland?**

Thorsten Faas: Es gibt viele Umfragen, die zeigen, dass sich die Einstellungen der Bevölkerung in den letzten Jahren und Jahrzehnten gar nicht gravierend geändert haben, sondern dass das eigentlich relativ stabil ist. Es gab immer schon Teile der Gesellschaft mit rechten Einstellungen. Insofern jetzt von einem großen Rechtsruck der Bevölkerung zu sprechen, da wäre ich vorsichtig. Aber natürlich haben sich Dinge geändert.

## **Umfragen etwa in Sachsen oder Thüringen sehen die AfD bei 31% und 34%. Da muss man ja schon sagen, es hat sich etwas deutlich verändert, oder?**

Thorsten Faas: Wenn Sie sich Umfragen anschauen, wie den European Social Survey, dann sieht man, dass sich Bevölkerungseinstellungen auf der Links-Rechts-Dimension

nicht dramatisch verändert haben. Aber Politik besteht ja nicht nur aus der Nachfrageseite der Wählerinnen und Wähler, sondern auch aus der Angebotsseite der Parteien. Und da sind die Veränderungen: Diese 33%, oder wenn Sie auf Bundesebene schauen über 20%, die sind neu, weil es eine neue Partei gibt.

## **Tendenziell sind die AfD-Umfragewerte aber gestiegen in den letzten Jahren. Sind das Menschen, die vorher einfach nicht gewählt haben oder was ist mit diesen Wähler-Meinungen vorher passiert?**

Thorsten Faas: Also ich will das überhaupt nicht klein reden, das ist besorgniserregend. Aber man muss auch sehen, dass es auch für die AfD nicht nur nach oben ging. Bei der Bundestagswahl 2021 etwa lag die Partei bei gerade einmal 10%. Daraus sind jetzt über 20% geworden. Das wird, glaube ich, niemand dahingehend interpretieren, dass plötzlich die Zahl der rechtsextremen Menschen in diesem

Land so stark angestiegen ist. Der Anstieg hat vielmehr mit aktueller Unzufriedenheit zu tun, mit dem Gefühl, dass politische Eliten Menschen nicht sehen, nicht hören, nicht wertschätzen. Das ist das Populistische und das ist in den letzten ein, zwei Jahren deutlich mehr geworden.

Aber es gibt eben auch das rechte Element, das bei der AfD ohne Zweifel dazu gehört. Beides zusammen, sozusagen Rechts plus Populismus, ergibt das, was wir als aktuelle Stärke der Partei sehen. Nochmal: Aus Sicht von Wählerinnen und Wählern würde ich aber tatsächlich den Anstieg eher bei dem Populistischen, bei der Unzufriedenheit, jüngst gerade mit der Bundesregierung sehen, aber jetzt nicht unbedingt in einem dramatischen Anstieg von rechtsextremen Bevölkerungseinstellungen.

### **Welche klaren wissenschaftlichen Erkenntnisse haben Sie zu den Ursachen des AfD Erstarkens?**

Thorsten Faas: Man muss wegkommen von monokausalen Erklärungen. Es gibt nicht den typischen AfD-Wähler. Es ist vielschichtig, das hat unter anderem etwas mit materiellen Verlustängsten zu tun. Natürlich spielt auch das Migrationsthema eine wichtige Rolle sowie die beschriebene Unzufriedenheit und auch Unsicherheiten mit Blick auf die aktuelle Politik. Das ist im Moment einfach eine - in Anführungszeichen - sehr günstige Lage für eine rechtspopulistische Partei.

### **Welche Rolle für das Anwachsen der AfD-Wählerzahlen spielen gerade die sozialen Medien, die vor allem die vielen kleinen fragmentierten Öffentlichkeiten erzeugen?**

Julia Reuschenbach: Diese Fragmentierung der Öffentlichkeit führt dazu, dass man meist nur sehr knappe Botschaften hat, die ein komplexes Phänomen nicht ausreichend erklären



© Christian Walther

Prof. Dr. Thorsten Faas studierte bis 2000 Politikwissenschaft (mit den Nebenfächern Statistik und Volkswirtschaftslehre) in Bamberg. 2001 schloss er ein Master-Studium an der London School of Economics and Political Science ab. 2008 promovierte er an der Universität Duisburg-Essen. Es folgten eine Junior-Proffessur in Mannheim und eine Professur in Mainz. Seit 2017 ist er Professor für »Politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland« am OSI.

können. Hinzu kommt, dass die AfD es in den vergangenen zehn Jahren geschafft hat, im Social Media Bereich eine enorme Präsenz und Reichweite aufzubauen. Das rechtsextreme Wählerpotenzial, das es in Deutschland gibt, hat sie geschlossen hinter sich versammeln können. Da hilft, dass die AfD von Anfang an alle Social Media Plattformen sehr erfolgreich bedient hat. Die anderen Parteien haben dem wenig entgegensetzen.

### **Wie genau wirkt diese Mediennutzung auf mögliche AfD-Wähler?**

Julia Reuschenbach: Es wirkt, indem man in seiner Welt immer wieder aufs Neue bestätigt wird. Ich bin keine Kommunikationswissenschaftlerin, aber es ist klar, dass man in solchen Gruppen immer »more of the same« bekommt und man sich so in seiner Welt immer wieder aufs Neue bestätigt fühlt. Das gilt auch für dort verbreitete Fake News.

Thorsten Faas: Hinzu kommt, dass die mediale politische Grundversorgung einfach nicht mehr da ist. Viele Newsfeeds sind politikfreie Zonen, da kann man auf einer faktenfreien, emotionalen Basis Menschen ansprechen. Ein Einfallstor für sehr emotionale, zuspitzende und häufig falsche Informationen.

*»Menschen, die politische Bildung erfahren, sind weniger anfällig für Fake News, Desinformationen, für einfache Lösungen auf komplexe Fragen.«*

## **Sollte man über ein Verbot der AfD nachdenken?**

Julia Reuschenbach: Ich glaube, das laute Rufen nach einem Parteiverbotsverfahren ist legitim, wenn man das NPD Verbotsverfahren als Referenz nimmt. Aber ich denke, dass man es sich damit zu einfach macht. Wir haben über Einstellungen und Unzufriedenheiten gesprochen. Die verschwinden ja nicht, nur weil die Partei verboten wird. Sondern die bleiben in der Bevölkerung erhalten. Insofern glaube ich, man muss ein solches Verfahren als einen Punkt denken von vielen, wenn es um die Frage geht: Wie reagiert man auf diese AfD-Stärke?

Daneben sollte man aus meiner Sicht aber auch andere Punkte auf dem Zettel haben. Ganz essentiell ist die politische Bildung. Menschen, die politische Bildung erfahren, sind weniger anfällig für Fake News, Desinformationen, für einfache Lösungen auf komplexe Fragen. Diese Menschen haben viel eher den Eindruck, dass sie sich gesellschaftlich einbringen können, dass ihre Stimme zählt und sie kein Ohnmachtsgefühl entwickeln, sondern politische Selbstwirksamkeit erleben. Außerdem muss man sich vielmehr um die Wähler im ländlichen Raum kümmern. Die sind in Teilen in Vergessenheit geraten. Und man muss dauerhafter und mehr auf die vielen Nicht-Wähler

schauen. Gerade sie konnte die AfD in den letzten Jahren stark mobilisieren.

*»Das Bild der Brandmauer suggeriert: man kann die in eine Ecke stellen und dann ist es in Ordnung.«*

## **Die sogenannte Brandmauer zur AfD, wird sie Ihrer Meinung nach halten oder wird es früher oder später Koalitionen mit der AfD geben?**

Thorsten Faas: Ich glaube, die Durchdringung der Gesellschaft in Teilen Ostdeutschlands durch die AfD und entsprechende Netzwerke ist viel höher als in manchen Teilen des Westens, so dass dieses Bild der Brandmauer dort fast wie ein Hohn wirkt für manche Leute. Das Bild suggeriert: Man kann die in eine Ecke stellen und dann ist es in Ordnung. Aber was soll eine Brandmauer bedeuten, wenn im persönlichen Umfeld überall AfD-Anhänger präsent sind, die man im Zweifelsfall eben auch gut kennt. Also das ist so eine »one size fits all«-Logik, die nicht hilfreich ist. Werden wir nächstes Jahr eine AfD-Koalition sehen? Ich glaube, ich hoffe nein. Heißt es, dass deswegen Brandmauer als Idee funktioniert — wahrscheinlich auch nein.

Julia Reuschenbach: Entscheidend ist wohl eher die Frage darüber nachzudenken: Inwiefern ist man bereit, sich auch den in der AfD vertretenen Positionen anzudienen. Wenn Markus Söder von »Zwangsveganisierung« spricht, Jens Spahn von »Klimadiktatur«, wenn von »Genderverbotsdebatte« die Rede ist oder anderen Begriffen, die in der AfD seit zehn Jahren rauf und runter dekliniert werden, dann geht es ja nicht mehr nur darum: arbeitet man mit denen zusammen, sondern auch, wo sind gemeinsame Überzeugungen oder wo sind gemeinsame Themen. Damit steht vor allem die Glaubwürdigkeit einer solchen Abgrenzung infrage.



## **Kommen wir zu Sahra Wagenknecht und ihrer neuen Partei. Was erleben wir da gerade? Fischen AfD und Wagenknecht mit denselben Mitteln im selben Teich der Unzufriedenen?**

Julia Reuschenbach: Ja, in Teilen schon. Wenn Sahra Wagenknecht zum Beispiel die Grünen als die gefährlichste Partei im Deutschen Bundestag oder die Bundesregierung als die schlechteste, die das Land jemals hatte, bezeichnet oder bestimmte Positionen in der Migrationspolitik mit restriktiven Forderungen besetzt, unterfüttert sie den Unmut der Unzufriedenen und versucht, deren Stimmen zu gewinnen.

Gleichzeitig hat sie aber in anderen Politikfeldern ein dezidiert anderes Profil und vertritt andere Positionen. Es gibt erst wenig Forschung dazu. Ich plädiere dafür, das mit großer Vorsicht zu bewerten und die Entwicklung des BSW abzuwarten.



© Christian Walther

Dr. Julia Reuschenbach studierte an der Uni Bonn (BA) und bis 2014 Politikwissenschaft und Neueste Geschichte an der FU (MA). 2022 hat sie in Bonn promoviert. Sie war unter anderem am Bonner Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie und bei der Stiftung Berliner Mauer wissenschaftlich tätig.

Thorsten Faas: Ich glaube, es erinnert uns wieder daran, dass es einfach verschiedene Konfliktachsen in der Politik gibt. Eine ökonomische, eine kulturelle und dann kommt noch der Populismus hinzu. Das kann ich natürlich in verschiedener Weise kombinieren. Was wir da erleben, ist im Prinzip die Spaltung einer ökonomisch linken Partei entlang einer anderen Dimension, nämlich primär der Dimension: was für eine Art von Gesellschaft wollen wir eigentlich sein? Zudem wird es wohl eine neue Partei, die typisch populistische Narrative bedient, wie etwa »vernünftig sein«, »einfach nur das Richtige machen«. Das zeigt, dass es insgesamt sehr vieldimensional wird, aber dass es zwischen links und rechts, zwischen BSW und AfD weiter riesige Unterschiede gibt. Das sollte man auch deutlich machen. Es ist ja vielleicht genau der Reiz, dass es für manche Linke eben unvorstellbar ist, eine rechte, rechtsextreme Partei zu wählen, aber diese Art des Angebots des BSW dann plötzlich doch ganz interessant und attraktiv ist.

## **Werden sich die beiden Parteien möglicherweise kannibalisieren bei der Wählerschaft oder sich eher ergänzen bis hin zur Koalitionsfähigkeit?**

Thorsten Faas: Naja, sie treffen sich eben an manchen Punkten und an anderen überhaupt nicht. Parteien sind ja immer eine Koalition von Wähler:innengruppen. Manche davon sind jetzt vielleicht weniger sicher für die AfD, das haben wir in den Umfragen gesehen. Aber trotzdem würde ich das eine immer noch als eher linkes und das andere als ein eher rechtes Projekt sehen.

# Wissen AfD-Anhänger eigentlich, was sie da wählen?

Eine Leseprobe aus AfD-Texten und Grundsatzprogramm

VON CHRISTINE KOLMAR

Die Alternative für Deutschland bricht einen Umfrage-Rekord nach dem anderen. Bis zu 23% erreicht die 10 Jahre junge Partei Ende 2023 bei der Sonntagsfrage im Bund. Stellt mittlerweile einen Landrat in Thüringen, einen Bürgermeister in Sachsen-Anhalt und seit Weihnachten den Oberbürgermeister von Pirna in Sachsen. Zum Neujahr dann ein weiterer Umfrage-Knaller: 37% für die AfD in Sachsen, wo am 1. September ein neuer Landtag gewählt wird. Die CDU abgeschlagen mit 33%. Die SPD käme nach einer Civey-Umfrage mit 3% nicht mal ins Landesparlament. Grüne, FDP und Linke könnten mit zusammen 16% kein Gegengewicht bilden.

Haben alle, die ihr Umfrage-Kreuzchen bei der AfD gemacht haben, wirklich die Thesen, Grundsatz- und Wahlprogramme der Partei gelesen und ihren Vertretern genau zugehört? Haben sie nachgeschaut, warum der Verfassungsschutz die Partei in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen nach langer Prüfung als »gesichert rechtsextremistisch« eingestuft hat? Haben sie wirklich verstanden, was die Erfüllung der AfD-Forderungen für die deutsche Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bedeuten würde?

**Wir haben einige Aussagen aus aktuellen Thesenpapieren, Grundsatz- und Wahlprogrammen der AfD, wie sie auf den Websites von Bundesverband und Landesverbänden der Partei zu finden sind (Stand Januar 2024), zusammengetragen. Hier nur eine kleine Auswahl aus verschiedenen Politikfeldern:**

## Volk und Familie

- » Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist vorrangige Aufgabe der Politik und jeder Regierung.
- » Zur Absicherung der notwendigen staatlichen Anstrengungen fordert die AfD die Aufnahme einer ausgeglichenen Geburtenbilanz (mindestens 2,1 Kinder pro Frau) als Staatsziel in unser Grundgesetz.
- » Die Ehe ist die auf Dauer angelegte Verbindung aus Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen – und sonst nichts.
- » Im Schulunterricht ist das Fach Familienkunde einzuführen.
- » Einwanderung ist als Mittel zur Stabilisierung der Bevölkerung ungeeignet und unmoralisch. Das Aussterben der Deutschen zu verhindern ist die oberste Pflicht eines jeden Deutschen.

- » Die bisher in die sogenannte Integration größtenteils nicht integrationswilliger/-fähiger Zuwanderer investierten Milliardenbeträge können und müssen zur Förderung eigener Kinder eingesetzt werden.
- » Die rechtliche und soziale Privilegierung türkischer Staatsangehöriger in Deutschland und teilweise ihrer Angehörigen in der Türkei ist zu beenden.
- » Der Erwerb des Waffenscheins für gesetzestreue Bürger ist zu erleichtern.
- » Die AfD widersetzt sich jeder Einschränkung von Bürgerrechten durch eine Verschärfung des Waffenrechts.
- » Wir werden unmittelbar nach Übernahme der Regierungsverantwortung eine massive Abschiebeinitiative starten.
- » Den Irrweg einer multikulturellen Gesellschaft werden wir mit aller Konsequenz und ohne Rücksicht auf sogenannte politische Korrektheit rechtsstaatlich beenden.

## Grenzen, EU

- » An allen deutschen Grenzen sind strenge Personenkontrollen einzuführen.
- » Wir werden die Grenzen durch eine hochmoderne Grenzanlage sichern, um internationale Kriminalität, illegale Einwanderung und Terrorismus wirksam zu bekämpfen.
- » Wir lehnen die »Vereinigten Staaten von Europa« ebenso ab wie eine EU als Bundesstaat, aus der kein Austritt mehr möglich ist.
- » Das undemokratische EU-Parlament mit seinen derzeit privilegierten 751 Abgeordneten wollen wir abschaffen.
- » Sollte die gemeinsame Rückbesinnung auf ein »Europa der Vaterländer« mit den derzeitigen Partnern in der EU nicht möglich sein, muss Deutschland nach dem Vorbild Großbritanniens aus der EU austreten.
- » Der gemeinsame EURO ist eine grundlegende Fehlkonstruktion. Wir fordern, das EURO-Experiment geordnet zu beenden.
- » Wir wollen wieder nationale Währungen in Europa einführen.

## NATO, Russland

- » Die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO ist zu beenden und alle direkt und indirekt an die Türkei im Rahmen internationaler, multilateraler und bilateraler Abkommen gewährten Geldleistungen sind umgehend zu stoppen.
- » Der »Kalte Krieg« ist vorbei. Die USA bleiben unser Partner. Russland soll es werden. Die AfD setzt sich deshalb für ein Ende der Sanktionen und eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland ein.
- » Die AfD setzt sich für den Abzug aller noch auf deutschem Boden stationierten alliierten Truppen und insbesondere deren Atomwaffen ein.
- » Gemeinsame europäische Streitkräfte lehnt die AfD ab.
- » Die AfD tritt für die Beendigung der Sanktionspolitik ein. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland soll vertieft werden.
- » Um günstiges Gas aus Russland beziehen zu können, wollen wir die Nord Stream-Pipeline reparieren. Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die Deutschland am meisten schaden, wollen wir beenden.
- » Eine weitere Globalisierung lehnen wir genauso ab wie die für Thüringen schädlichen Russlandsanktionen.

## Klima

- » Den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen erreicht man nicht, in dem man gegen den Klimawandel hüpfet, Windkraftanlagen in Wälder baut oder neue Steuern erfindet. Die Lösung liegt vielmehr in der Regulierung des Bevölkerungswachstums der Dritten Welt.
- » Der geringfügige Anstieg der CO<sub>2</sub>-Konzentration hat in den letzten Jahrzehnten zu einem Ergrünen der Erde beigetragen.
- » Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung beruht auf bisher unbewiesenen hypothetischen Klimamodellen.
- » Die AfD tritt daher dafür ein, das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) ersatzlos abzuschaffen.
- » Den weiteren Ausbau der Windenergie in Deutschland lehnen wir ab.
- » Wir lehnen es ab, die Naturschutz-Kernzonen auszuweiten.
- » Das Pariser Klimaabkommen von 2015 ist zu kündigen. Deutschland muss aus allen staatlichen und privaten »Klimaschutz«-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen.
- » Subventionen für die Wasserstoffherzeugung sollen umgehend eingestellt werden.
- » Wir wollen das Projekt der Dekarbonisierung über die »Große Transformation« beenden und den »Klimaschutzplan 2050« der Bundesregierung aufheben.

## Finanzen/Steuern

- » AfD fordert die Absenkung der allgemeinen Mehrwertsteuer um 7 Prozentpunkte sowie die Einführung einer allgemeinen Abgabenbremse (für Steuern, Beiträge und Gebühren) zugunsten der Bürger. Diese ist im Grundgesetz festzuschreiben.
- » Die AfD ist deshalb für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer und gegen die Reaktivierung der Vermögenssteuer.
- » Die AfD setzt sich für die Wiederherstellung des Bank- und Steuergeheimnisses ein.
- » Damit Deutschland bei einer demokratischen Entscheidung hin zu stabilem Geld alle Optionen offen hat, wollen wir das Gold der Bundesbank ausschließlich in Deutschland aufbewahren.

## Geschichte

- » Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.
- » Die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, dass wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen, dann werden die Schutthalden der Moderne beseitigt (Zitat von Björn Höcke aus seinem Buch »Nie zweimal in denselben Fluss«).

**WENN DIE**  
**AFD** **DIE**  
**ANTWORT**  
**IST, WIE**  
**DUMM**  
**WAR DANN**  
**DIE FRAGE**

# »Hartnäckig Demokratie verteidigen und den Mund aufmachen«

Einschätzungen zur AfD

VON CHRISTINE KOLMAR, LINA KRAUSE UND LENNART NEMBACH

Seit einigen Jahren beobachten die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern die Partei Alternative für Deutschland. Sie prüfen, ob die Partei sich gegen die Grundprinzipien der Demokratie und die deutsche Verfassung richtet. 2021 wurde die Partei als Verdachtsfall eingestuft. Im März 2022 hat das Verwaltungsgericht Köln diese Einstufung bestätigt. Der AfD-Landesverband Thüringen gilt seit 2021 als gesichert rechtsextremistisch sowie seit 2023 jene in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

## Warum sieht der Verfassungsschutz die AfD als Gefahr für die Demokratie?

In ihren Berichten legen die Verfassungsschutzämter dar, welche Aussagen, welches Gedankengut und welche Vernetzung in der rechten Szene die AfD als verfassungsfeindlich gelten lassen.

Der Bundesverfassungsschutz schreibt in seinem Jahresbericht 2022, dass die AfD »wiederholt zwischen Staatsbürgern deutscher und nicht deutscher Abstammung« unterscheidet und so ein ethnisch-kulturell geprägtes Volksverständnis vertrete, das im Widerspruch zur Offenheit des Volksbegriffs im Grundgesetz stehe. Es werden rechtsextremistische und verschwörungstheoretische

Narrative genutzt, die mit ausländer- und muslimfeindlichen sowie antisemitischen Positionen verbunden sind. Die Bundespartei warnt vor einem »Bevölkerungsaustausch«, »Islamisierung unserer Heimat« und einem geheimen Plan »Europa mit Migrationswellen zu islamisieren«.

Der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen, Dirk-Martin Christian, kommt zu der Einschätzung: »Eine derart rassistische Ausprägung des Volksbegriffs, wie ihn die AfD Sachsen öffentlich vertritt, hat seine Wurzeln im historischen Nationalsozialismus«.

Männliche Migranten aus dem arabischen Raum würden mit angsteinflößender Wortwahl pauschal als Messer-Migranten, vergewaltigende, mordende und plündernde Invasoren diskriminiert. »Damit schürt der AfD-Landesverband fortwährend Ängste und Ressentiments gegen Ausländer in der Bevölkerung«, sagt Christian.

Auch der Verfassungsschutz in Thüringen beschreibt die »rassistischen Positionen« der dortigen AfD als »evident grundgesetzwidrig«. Das Ziel eines ethnisch-homogenen Volkes stelle den ideologischen Unterbau der AfD Thüringen dar.

Damit gehe die Unterstellung einher, Eliten in Deutschland betrieben gemeinsam mit internationalen Akteuren einen »Großen Austausch« und »die Mächtigen würden die Verschwörung durch Denk- und Sprechverbote zu decken versuchen«.

Auch globale Ereignisse würden von der AfD durch ein im Hintergrund agierendes globalistisches Establishment erklärt, das zusätzlich mit Chiffren und Andeutungen als jüdisch markiert wird. So wird zum Beispiel der französische Präsident Emmanuel Macron als »Rothschild-Bengelchen« und als »Sprechpuppe des globalistischen Establishments« diffamiert. Der Thüringer Verfassungsschutz bewertet das so, dass »hier antisemitische Stereotypen auf offener Bühne eingeübt und verbreitet werden sollen.«

Auch der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wird nach ähnlichem Muster dargestellt. Wiederkehrend erzählt die AfD ohne jede Grundlage und Beweisführung von einer globalistischen Elite, die im Verborgenen Migrationsprozesse, Pandemien und sogar Kriege anstiftet, beschreibt der Verfassungsschutz.

Zudem erklärt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, Björn Höcke, der seit 2020 vom Bundesamt für Verfassungsschutz überwacht und als Rechtsextremist eingestuft wird, dass nicht nur die Parteien Deutschlands, sondern auch die Regierung von außen gesteuert sei.

Indem Höcke behauptet, dass Deutschland von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs besetzt und kontrolliert sei, bestreitet er die Rechtmäßigkeit und Handlungsfähigkeit der gewählten Bundesregierung. Damit öffne Höcke seine Argumentation dem Phänomenbereich der »Reichsbürger« und »Selbstverwalter«, schreibt der thüringische Verfassungsschutz und weist darauf hin, dass Höcke die Landtagswahlen 2024 als Spitzenkandidat führen und die »Machtfrage« stellen wolle.

Die Beobachtungen der Verfassungsschutzämter ähneln sich. Brandenburg, das ebenfalls in diesem Jahr einen neuen Landtag wählt, hat die Partei bisher als Verdachtsfall eingestuft. Schon in seinem Verfassungsschutzbericht 2020 wies Brandenburg darauf hin, dass es charakteristisch für den AfD Landesverband sei, dass sich führende Mitglieder aktiv um die Vernetzung mit dem rechtsextremistischen Spektrum bemühten und so die Entgrenzung des Rechtsextremismus aktiv vorantrieben.

Diese Protagonisten sehen sich als Teil einer »Bewegung«, zu der andere rechtsextremistische Organisationen beziehungsweise rechtsextremistische Verdachtsfälle, wie das »Institut für Staatspolitik« (IFS), der Verein »Zukunft Heimat e.V.«, das Magazin COMPACT, die »Identitäre Bewegung« (IB) und »Ein Prozent«, gehörten.

### **Trotzdem wählen zunehmend mehr Menschen die AfD**

Wer die Berichte der Verfassungsschutzbehörden liest, sich mit AfD-Texten und -Programmen auseinandersetzt – oder Reden dieser Politiker hört, könnte von der Radikalität vieler Aussagen und dem sich daraus ableitenden veränderten Gesellschaftsbild abgeschreckt werden: Ausländer oder auch Deutsche in Massen abschieben, Frauen sollen lediglich Kinder gebären und sich um die Familie kümmern, den Euro und die EU verlassen, die Sanktionen gegen Russland beenden, gleichzeitig die Waffenlieferungen an die Ukraine einstellen, Erbschaftssteuern abschaffen, und damit eine Umverteilung zu Gunsten Wohlhabender initiieren und ein Kampf gegen globale dunkle Mächte, die bisher die Weltpolitik steuern würden, auch die deutsche Regierung. Aber es schreckt nicht ab. Im Gegenteil, die Umfragewerte für die AfD steigen weiter. Und auch die Partei hat immer weniger Scham, radikale Positionen offen zu vertreten.



Carsten Koschmieder hat sein Diplom 2009 am OSI gemacht und einen Master 2008 an der University of Birmingham. Seitdem arbeitet er auf befristeten Stellen und in Projekten an der FU, insbesondere in der Lehrkräftebildung und in der Politischen Soziologie. Inhaltlich beschäftigt er sich vor allem mit Parteien, Wahlen und politischen Einstellungen sowie Antisemitismus und Rechtsextremismus. Seine Dissertation verfasste er über die Piratenpartei. Wenn Zeit bleibt, bietet er Workshops an Schulen und für Lehrkräfte an.

Dr. Carsten Koschmieder ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Otto-Suhr-Institut und forscht unter anderem zu Rechtsextremismus und Parteien. Er erklärt, dass die Parteienforschung verwundert sei, dass die Einstufungen der Verfassungsschutzämter und die offene rechtsextremistische Kommunikation der Partei ihr keinen großen Schaden zufügen. »Es hindert die Wähler:innen offenbar nicht, für die Partei zu votieren. Sie haben das Gefühl, es ist wichtig. Die Tabuisierung rechtsextremer Themen ist nicht mehr stark«, sagt Koschmieder.

Man erkenne allerdings noch, dass sich die Partei bemüht, bei öffentlichen Auftritten den Eindruck zu erwecken, sie sei eine bürgerliche Partei. Die AfD schaffe es, »gegenüber ihren Wähler:innen das Bild aufrecht zu erhalten, dass sie im Kern keine rechtsextreme Partei ist, sondern nur ein kleines Problem mit ein paar Spinnern und Nazis hat«, so Koschmieder.

Er sieht drei sich überschneidende soziale Gruppen, aus denen sich die AfD-Wählerschaft zusammensetzt: »Die erste Gruppe ist die, die ohne Umschweife sagt, ich habe rechtsextreme Einstellungen, hasse Ausländer und die Demokratie.« Studien würden zeigen, dass die Zustimmungsraten zu ausländerfeindlichen Aussagen in der AfD dramatisch höher liegen als bei anderen Parteien.

Die zweite Gruppe seien die diffus Unzufriedenen gegenüber Themen wie Migration oder dem Funktionieren der Demokratie allgemein.

Die Menschen der dritten Gruppe machten sich vor allem Sorgen um die eigene Lebenssituation oder die Lage in Deutschland. AfD-Wähler sagen überproportional häufig Sätze wie »Ich habe Angst davor, dass es mir in zehn Jahren nicht mehr so gut geht wie jetzt«.

### Die Modernisierung des Rechtsextremismus

Viele Formulierungen und politische Forderungen der AfD kommen zunächst bürgerlich oder staatstragend daher, z.B. wenn Alice Weidel fordert, sie wolle keine wertebasierte, sondern interessengeleitete Außenpolitik für unser Land. Dahinter stehen aber Ideen, der EU den Rücken zu kehren, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland aufzuheben, über eine reparierte Nord Stream-Pipeline wieder günstiges Gas vom Aggressor Russland zu beziehen und eine Partnerschaft mit Russland einzugehen.

Der Journalist Frank Jansen erklärt, dass die AfD das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus modernisiert habe. Jansen war 34 Jahre Mitglied der Redaktion des Tagesspiegel, spezialisiert auf die Themen Rechtsextremismus und Ostdeutschland. »Wir haben es mit einer neuen Form von Rechtsextremismus zu tun, die sich vom alten national-



sozialistisch geprägten Rechtsextremismus unterscheidet.« Und auch Springerstiefel und Glatzen der Neonazis sind längst nicht mehr das unverkennbare Markenzeichen. »Das heißt aber nicht, dass die Kerninhalte grundsätzlich anders wären, also etwa Hass auf Minderheiten, Ablehnung von Migration«, meint Jansen.

Jansen betont jedoch: »Gerade die radikalsten Kräfte in der AfD, also Björn Höcke und seine Anhänger in dem früheren »Flügel« – der de facto weiter existiert, auch wenn er formell aufgelöst wurde – wollen ganz klar eine andere Republik und sie argumentieren gefährlich



© Christine Kolmar

Frank Jansen schloss 1983 sein Studium am OSI als Diplom Politologe ab. Seit 1988 arbeitete er beim Tagesspiegel und spezialisierte er sich auf die Themen Rechtsextremismus, Sicherheitspolitik und islamistischer Terror. Er berichtete über die Krawalle in Rostock in den 90er Jahren, den Brandanschlag auf das Haus der türkischen Familie Genç in Solingen und nahm täglich an den Prozessen gegen den NSU teil. Seit 2022 ist er freier Autor und schreibt unter anderem weiter über das Schicksal von Orazio Giamblanco, ein schwer behindertes Opfer rechter Gewalt.

mit Andeutungen Richtung Gewalt.« Höcke habe beispielsweise im November 2023 bei einer Rede in Dresden gesagt, angesichts der Zuwanderung von Migranten »sind wir in das Stadium des Vorbürgerkriegs eingetreten«.

»Eine von der AfD geführte Regierung würde Migranten schikanieren, so dass viele vermutlich schon freiwillig gingen, weil es hier einfach nicht mehr auszuhalten wäre« vermutet Jansen. Sie würde zudem versuchen, keine neuen Migranten mehr aufzunehmen. Volksabstimmungen als vermeintliches Instrument eines angeblichen Volkswillens würden rassistisch aufgeladen. Und bei öffentlichkeitswirksamen Ereignissen, zum Beispiel schweren Straftaten von Migranten, könnten kurzerhand Abstimmungen folgen, um ein Affekthandeln auszunutzen.

Jansen geht davon aus, dass die AfD ein System der illiberalen Demokratie wie das von Viktor Urban in Ungarn anstrebt. »Sie würden versuchen allen ihren Gegnern das Leben so schwer wie möglich zu machen«, so Jansen. Dazu zählten auch Linke, die nicht-konservative Kulturszene, AfD-kritische Journalist:innen, queere Aktivist:innen und Menschen muslimischen Glaubens. Die gewollte geburtenfördernde Familienpolitik im Wahlprogramm spräche Frauen eine rückschrittliche Rolle zu: gebären und erziehen. Die AfD würde versuchen, ein Idealbild einer weißen Gesellschaft zu realisieren. »Ihrem Bild eines mündigen Bürgers entspricht im Grunde nur der weiße Biodeutsche und andere nicht«, analysiert Jansen.

## Was könnte geschehen?

Die gestiegenen Umfragewerte für die AfD, die in der Bevölkerung abnehmende Akzeptanz der Demokratie, eine Politikverdrossenheit, die zu einer Systemverdrossenheit eskaliert und die Vermutung, dass aus einem Protestverhalten der Wähler:innen eine rechtsextreme Überzeugung entstanden sein

könnte, lassen Frank Jansen befürchten, dass die beschriebenen Szenarien in Teilen der Bundesrepublik, vor allem im Osten, Realität werden könnten.

Sollte die AfD bei den Landtagswahlen 2024 in einem oder mehreren Bundesländern stärkste Kraft werden, muss sich die Partei allerdings an institutionelle Vorgaben halten, wie die im Grundgesetz verankerten Rechte von Minderheiten. Dennoch hätte sie viele Möglichkeiten, eine Regierung zu behindern. Die AfD würde vermutlich auch versuchen, die Sicherheitsbehörden und weitere Institutionen zu unterwandern. Es würde dann noch schwieriger als jetzt schon, Sympathisanten der AfD loszuwerden.

Für Jansen ist die Partei aufgrund der rechts-extremistischen Ausrichtung verbotswürdig. »Die Frage ist nur, ob das jetzt wirklich politisch klug wäre, sie zu verbieten« sagt er. Die Wut vieler Bürger würde eher weiter wachsen. Zudem würde die AfD versuchen, sich als verfolgte Unschuld zu präsentieren, eine Ersatzorganisation aufbauen, und eine nächste populistische Partei könnte weitermachen.

Allerdings könnten zumindest Maßnahmen gegenüber einzelnen Personen, zum Beispiel gegen Björn Höcke, im Rahmen der Verwirkung von Grundrechten nach Art. 18 GG durch das Bundesverfassungsgericht differenziert angewandt werden.

Ein wesentlicher Grund für den Aufstieg der AfD sei die Verunsicherung vieler Bürgerinnen und Bürger in einer Zeit gravierender Veränderungen, und »Verunsicherung ist ein mächtiges Gift«, warnt Jansen. Wichtig sei es trotzdem, friedlich und argumentativ Rechts-extremisten und Rechtspopulisten, gerade auch im eigenen Umfeld, entgegenzutreten. Er empfiehlt: »Hartnäckig Demokratie verteidigen und den Mund aufmachen, wo es geht!«

# Bündnis- und Landesverteidigung mit der AfD:

## Amerikanische Soldaten raus aus Deutschland bei gleichzeitiger Annäherung an Russland

VON THOMAS RAABE

Die bisherige Forschung beschäftigt sich vor allem mit den innenpolitischen Positionen der AfD. Ein Blick auf ihre sicherheits- und verteidigungspolitischen Positionen – sofern überhaupt vorhanden – ist allerdings aufschlussreich und beunruhigend zugleich. Nicht nur, weil es in den Reihen dieser Partei etliche ehemalige Bundeswehroffiziere, bis hinauf zu einem ehemaligen 3-Sterne General gibt (der Obmann im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages für die AfD, Rüdiger Lucassen, ist ein Oberst a.D.), sondern weil klare Distanzierungsabsichten von EU und NATO und gleichzeitig Annäherungen an Russland formuliert werden.

### Russland als Partner

Am 9. Mai des letzten Jahres nahmen der Ko-Parteivorsitzende der AfD, Chrupalla und der Ehrenvorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Gauland, an einem Empfang des russischen Botschafters aus Anlass des sowjetischen Sieges über Deutschland im 2. Weltkrieg teil. In Zeiten des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine war dies nicht nur ein bemerkenswertes Zeichen, sondern dokumentiert die Absicht der AfD zur Annäherung an Russland. Im Grundsatzprogramm der AfD (Kurzfassung) heißt es: »Die AfD setzt sich für den Abzug aller noch auf deutschem Boden stationierten alliierten Truppen und insbesondere deren Atomwaffen ein. Der ›Kalte

Krieg‹ ist vorbei. Die USA bleiben unser Partner. Russland soll es werden. Die AfD setzt sich deshalb für ein Ende der Sanktionen und eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland ein.« Kein Wunder also, dass die AfD die Militärhilfe der Bundesregierung für die Ukraine mehrheitlich ablehnt und Björn Höcke Putin zitiert: »Deutsche Technologie und russische Rohstoffe. Zusammen wären wir unschlagbar«.

### Keine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik

Die Ko-Vorsitzende der Partei, Alice Weidel, bringt es auf den Punkt: »Der Slogan, unser Land zuerst, sagt eindeutig, was wir wollen (...) wir wollen keine wertebasierte Außenpolitik, sondern wir wollen eine interessen geleitete Außenpolitik für unser Land«. Daher lehnt die AfD die ›Gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)‹ ab, die die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik koordiniert, sowie den europäischen Auswärtigen Dienst, der die EU bei der Umsetzung ihrer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik unterstützt. In Zeiten, in denen mehr denn je eine engere Verzahnung der Verteidigungspolitik in Europa und europäische Rüstungskooperationen notwendig sind, lehnt die AfD gemeinsame

europäische Streitkräfte ab und hält an einer »umfassend befähigten Bundeswehr als Eckpfeiler deutscher Souveränität fest«. Wichtig ist der AfD zudem, dass bei der von ihr geforderten Wiedereinsetzung der Wehrpflicht nur diejenigen Männer den Wehrdienst ableisten dürfen, die neben der deutschen Staatsangehörigkeit keine weitere besitzen, um »Loyalitätskonflikte« zu vermeiden.

Die Bundeswehr möge einen »starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte pflegen«. Welche Werte das genau sind, sagt sie nicht. Diese Marksteine der AfD Außen- und Sicherheitspolitik neben der übrigen programmatischen Leere in diesem derzeit besonders wichtigen Politikfeld sollte Wählern zu denken geben, bevor sie bei der Europawahl und den anstehenden Landtagswahlen in diesem Jahr bei der AfD ihr Kreuz machen.



© Thomas Raabe

Dr. Dr. Thomas Raabe wurde 1994 an der Ludwigs-Maximilians-Universität zum Dr. phil. promoviert und legte 2018 seine zweite Dissertation zum Dr. rer. pol. an der Universität der Bundeswehr in München ab. Sie thematisiert die internationalen Rüstungskooperationen Deutschlands. Von 2021 - 2023 war er Lehrbeauftragter am OSI. Seit 18 Jahren arbeitet er im und für das Verteidigungsministerium, unter anderem war er Sprecher von Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung. Der Autor äußert hier seine persönliche Meinung.

# FRANK JANSEN



# Augen öffnend

Wie der »AfD-Masterplan« vielleicht doch die Wähler wachrüttelt

VON FRANK JANSEN

Die Aufregung ist groß und berechtigt – aber auch ein bisschen naiv. Als Anfang Januar die Recherche-Plattform »Correctiv« meldete, Funktionäre der AfD, darunter ein Berater von Parteichefin Alice Weidel, sowie Rechts-extremisten aus dem Umfeld der Partei und zwei CDU-Leute hätten im November bei einem Geheimtreffen in Potsdam über einen »Masterplan« zur massenhaften Vertreibung von Migranten aus Deutschland gesprochen, wirken Medien und Teile der Öffentlichkeit wie geschockt. Nun nimmt die Debatte über ein Verbot der AfD Fahrt auf, auch der Entzug staatlicher Gelder für die Partei wird diskutiert. Selbst der eher mauflaule Bundeskanzler meldet sich zu Wort. »Wir lassen nicht zu, dass jemand das ›Wir‹ in unserem Land danach unterscheidet, ob jemand eine Einwanderungsgeschichte hat oder nicht«, verkündet Olaf Scholz bei X (vormals Twitter). Wer sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richte, sei ein Fall für unseren Verfassungsschutz und die Justiz«.

Das ist die AfD allerdings schon lange. Der Verfassungsschutz hat drei Landesverbände der AfD als rechtsextremistisch eingestuft, die Gesamtpartei gilt als »Verdachtsfall« und steht ebenfalls unter Beobachtung. Auch die Fantasien in der Partei zum Rauswurf von Migranten sind keinesfalls neu. Seit Jahren reden AfD-Politiker von »Remigration«, der Begriff steht auch in Programmen der Partei. Ebenso wenig überraschend ist die bei dem Treffen in Potsdam wieder einmal offenkundige Kooperation

von zumindest Teilen der AfD mit der rechts-extremistischen Bewegung der »Identitären«. Deren Wortführer, der Österreicher Martin Sellner, hat in Potsdam den »Masterplan« zur Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund – auch solchen mit deutscher Staatsangehörigkeit – präsentiert. Sellner sprach zudem von einem »Musterstaat« in Nordafrika, dorthin sollen zwei Millionen Vertriebene gebracht werden. Ähnlich wollten die Nazis einst Millionen Juden nach Madagaskar deportieren.

Der frühere Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) hat angeregt, Hetzern wie Sellner die Einreise in die Bundesrepublik zu verbieten. Das wäre ein Schlag für die Identitären. Andererseits tummeln sich bei der AfD längst viele Mitglieder der Bewegung. Und Sellner agitiert in Deutschland auch über das Internet.

Die AfD hat indes mit dem Treffen in Potsdam demonstriert, dass sie sich weiter zu einer der gefährlichsten rechtsextremen Parteien Europas radikalisiert. Das scheint nun auch in Teilen der Politik und der Bevölkerung stärker wahrgenommen zu werden. So hat der Schrecken über das Treffen offenbar viele Augen geöffnet. Spät, aber vielleicht nicht zu spät in einem Jahr, in dem die AfD bei der Europawahl und den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg extreme Erfolge erzielen könnte.

»Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, dass ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen.«

Theodor W. Adorno, 1966

## Tagungen

- »Antidiskriminierungspolitik als aktive Förderung – Strategien gegen institutionellen Rassismus« | 21.03.2024
- »Antifeminismus und politische Bildung« | 25.06.2024

## Online-Angebot



## Publikationen



Weitere Informationen jeweils per Klick verfügbar

## Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Besuchszentrum Amerika Haus  
Hardenbergstraße 22-24  
10623 Berlin

Öffnungszeiten: Mo., Mi., Do. u. Fr.  
je 10.00-18.00 Uhr

Ab Juni 2024 zusätzlich:

Besuchszentrum Ostkreuz  
Revaler Straße 30  
10245 Berlin

Öffnungszeiten: Di., Mi. u. Fr.  
je 10.00-18.00 Uhr

Berliner Landeszentrale  
für politische Bildung

**BERLIN**



verstehen • beteiligen • verändern

A woman with dark hair pulled back, wearing a vibrant red, textured, long-sleeved dress, stands on a stage. She is holding a large bouquet of flowers, including pink daisies, purple flowers, and a pink rose. Behind her, a man with a beard and a white shirt under a dark jacket looks off to the side. The background features a blue curtain, a large red screen, and an audience seated at tables with water bottles. Professional camera equipment is visible on the left side of the frame.

**SAHRA WAGENKNECHT**



# Das Bündnis Sahra Wagenknecht – autoritär links?

Über die Verortung der neuen Partei und ihre Koalitionsfähigkeit

VON IWAN LUND

Neue Parteien können politische Landschaften maßgeblich prägen und verändern. Eine Partei, die dies womöglich tun wird, ist das Bündnis Sahra Wagenknecht. Insbesondere bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland und der Europawahl könnte sie eine entscheidende Rolle spielen.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht, kurz BSW, wird derzeit oftmals als »links-autoritär« eingestuft. Sabine Kropp, Professorin am OSI für das Politische System der Bundesrepublik Deutschland, beschreibt das folgendermaßen: »Parteien werden grundsätzlich anhand von zwei Achsen positioniert. Auf der ersten Konfliktachse zwischen Umverteilung und Markt geht das Bündnis ganz klar in Richtung Umverteilung, also eher ins linke Spektrum. Auf der zweiten Achse, bei der es um das Verhältnis zwischen libertären versus autoritären Werten geht, versucht die Partei gesellschaftspolitisch auf der autoritären Achse weiter nach oben zu wandern, aber gleichzeitig im linken Spektrum zu sein.« Hajo Funke, ehemaliger Professor am OSI für Politik und Kultur, beschreibt die Programmatik der Partei als kapitalismuskritisch und pragmatisch.

Das Parteiprogramm des BSW beginnt mit einer populistisch anmutenden Kritik an bisheriger Regierungsarbeit in Deutschland: »Unser Land ist in keiner guten Verfassung. Seit Jahren wird an den Wünschen der Mehrheit vorbei regiert. Statt Leistung zu belohnen, wurde von den Fleißigen zu den oberen Zehntausend umverteilt. Statt in einen kompetenten Staat

und gute öffentliche Dienste zu investieren, haben Politiker die Wünsche einflussreicher Lobbys bedient und dadurch die öffentlichen Kassen geleert.« Es werde den Menschen vorgeschrieben, wie sie »zu leben, zu heizen, zu denken und zu sprechen haben«. Außenpolitisch soll in der Tradition Willy Brandts gehandelt werden, eine Lösung von Konflikten mit militärischen Mitteln wird grundsätzlich abgelehnt. So benötige Europa laut Parteiprogramm längerfristig eine Sicherheitsarchitektur, die auch Russland mit einschließt.

## Den Zugang zu den Rohstoffen Russlands ermöglichen

Das BSW grenzt sich verbal von der AfD ab. Sahra Wagenknecht sagt aber auch, es sei unproblematisch, punktuell mit der AfD abzustimmen. Parallelen zur AfD gibt es etwa beim Thema Russland. Im Europawahlprogramm



© Iwan Lund



© Sabine Kropp

Sabine Kropp ist Professorin am OSI für das Politische System der Bundesrepublik Deutschland und lehrte zuvor unter anderem in Potsdam, Nürnberg, Düsseldorf und Speyer. Ihre thematischen Schwerpunkte liegen in der vergleichenden Föderalismusforschung und Mehrebenenpolitik sowie der vergleichenden Parlaments- und Verwaltungsforschung.

des BSW steht: »Wir wollen Sanktionen abbauen, den Zugang zu den Rohstoffen und Energieträgern Russlands und Zentralasiens ermöglichen.« Und Gemeinsamkeiten finden sich bei der Kritik an den etablierten Parteien, wo es im Grundsatzprogramm der AfD heißt, es habe sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vorrangliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gelte. Es handele sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht in den Händen habe. Auf dem ersten Parteitag des BSW bezeichnete die Vorsitzende Sahra Wagenknecht die aktuelle Bundesregierung als »die dümmste Regierung Europas«.

Das BSW fordert eine »Rückkehr der Vernunft in die Politik« und will eine »freie Gesellschaft« - aber ohne »Cancel Culture«, eine »seriöse Klima- und Umweltpolitik«- aber derzeit nicht allein durch erneuerbaren Energien und eine Migrationspolitik, die Zuwanderung begrüße - aber nur bis zu einer bestimmten Größenordnung. »Migration ist nicht die Lösung für das Problem der Armut auf unserer Welt«, heißt es im Parteiprogramm.

Pascal Meiser, seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags und Mitglied der Linken, beschreibt die Pläne zur Wirtschafts- und Asylpolitik des BSW als eine Politik auf dem Rücken der Schwächsten. Er erkennt beim BSW keine linke Politik mehr, sondern verortet die neue Partei eher in der Nähe der CSU.



© Pascal Meiser

Pascal Meiser ist für Berlin Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost im Bundestag und machte 2005 seinen Abschluss am OSI. Durch die Auflösung der Bundestagsfraktion ist er seit dem 6. Dezember fraktionslos.

### »Eine Gefahr für demokratische Parteien bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen«

Die Frage, ob und inwieweit sich das BSW programmatisch als Partei etablieren wird, lässt Kropp offen: »Die Wähler:innen, die auf der gesellschaftspolitischen Achse eher autoritär ausgerichtet sind, sind bisher bei der AfD und haben auch eine gewisse Parteibindung für diese entwickelt. Ob es dem BSW gelingt, in diese Lücke vorzustoßen, wird nicht nur programmatisch entschieden, sondern auch von einem überzeugenden Personalangebot abhängen.«

Die Frage nach der Koalitionsfähigkeit des BSW bleibt ebenso offen. Pascal Meiser sieht die Teilnahme bei den kommenden Landtagswahlen vor allem wegen fehlender personeller Strukturen als unwahrscheinlich an. Hajo Funke rechnet damit, dass die Partei bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen zu einer Gefahr werden könnte: »Wenn der aktuelle Schlingerkurs des Ministerpräsidenten Kretschmer anhält und dann diese Partei des BSW auch noch sieben oder zehn Prozent bekommt, dann ist die Mehrheit der etablierten Parteien tatsächlich in Gefahr.«

Weiter betont Funke, dass sich in Thüringen zeigen wird, wie sich Die Linke zu der neuen Partei verhalten möchte. Insgesamt sieht der Politikwissenschaftler die demokratische Mehrheitsbildung nicht nur wegen des BSW in Gefahr. Grund dafür sei auch ein Schwächeln der Ampelparteien und ein Rechtsschwenk der CDU zu rechtspopulistischen Positionen und einem stärker neoliberalen Programm. »Wenn die Partei reüssiert, verändert sich die Parteienlandschaft der etablierten Parteien erheblich und damit auch die Koalitionsfähigkeit in Bund und Ländern«, so Funke. Anders als die AfD zählt Funke Die Linke und das BSW zu den demokratischen Parteien. Das BSW erscheine ihm aber gegenwärtig nicht koalitionsfähig.



© Andreas Wilcke

### Gute Chancen bei der Europawahl

»Dadurch, dass es bei der Europawahl keine Fünf-Prozent-Hürde gibt, sind die Chancen des BSW bei der Europawahl gar nicht so schlecht«, sagt Politikwissenschaftlerin Kropp und schätzt, wenn es der Partei gelingt, mit einem überzeugenden Auftritt Wählerschichten zu gewinnen, sei eine Möglichkeit der Repräsentation auf europäischer Ebene vorhanden. Das wiederum würde bedeuten, dass das BSW im Zuge der Parteienfinanzierung Mittel bekommt. Außerdem hätte das Bündnis dann »eine Bühne für die Repräsentation und die Weiterverbreitung der eigenen Positionen«. Das würde das Bündnis als organisatorische Einheit klarer sichtbar machen, so Kropp.

## Tiefgreifender Einschnitt in Deutschlands Parteienlandschaft

Insgesamt wird also deutlich: Das BSW hat das Potenzial, die Parteienlandschaft maßgeblich zu verändern. Ob und wenn ja welche Koalitionskonstellationen sich bei den kommenden Landtagswahlen, der Europawahl und vielleicht sogar der nächsten Bundestagswahl herausbilden werden, bleibt offen und hängt von inhaltlichen Schwerpunktsetzungen ab. Hajo Funke sagt dazu: »Wenn sich die Partei als zu russlandfreundlich und zu migrationskritisch gibt, verengt sich das Spektrum für die Koalitionsbildung.« Die parlamentarische Mehrheitsbildung werde dann so schwierig wie noch nie in Deutschland.



© TP Presseagentur Berlin

Hajo Funke lehrte von 1993 bis 2010 am OSI am Lehrstuhl für Politik und Kultur. Sein Schwerpunkt liegt dabei vor allem auf den Untersuchungen zu Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland.



MAXIM LEO

# Drei Buchseiten am Tag

**Schriftsteller Maxim Leo über seine Zeit im Labor mit Angela Merkel, die fetten Jahre der Berliner Zeitung und das Schreiben seiner Bestseller**

VON SASKIA KABELITZ

Punkt 8:30 klingelt der Wecker. Von 9:30 bis 12:30 Arbeit im Büro. Dann Mittagessen, im selben Café jeden Tag. Anschließend Mittagschläfchen, dann zurück an die Arbeit. Um 17:30 ist Feierabend. Was wie der dröge Alltag eines Verwaltungsangestellten klingt, ist tatsächlich der Arbeits-Rhythmus, in dem Maxim Leo einen Bestseller-Roman nach dem nächsten produziert. Darunter Bücher wie »Wo wir zu Hause sind«, »Es ist nur eine Phase, Hase«, »Der Held vom Bahnhof Friedrichstraße«, »Frankie« und ab März diesen Jahres sein neuer Roman »Wir werden jung sein«.

Leo wurde 1970 in einer kleinen, schlecht beheizbaren Ladenwohnung in Prenzlauer Berg geboren. Die Straße trägt inzwischen einen anderen Namen, liegt in einem anderen Land und die Menschen, die in ihr wohnen, trinken deutlich mehr Hafermilch. Aber Leo wohnt wieder da – 54 Jahre später und nur wenige Hausnummern weiter. Seine Kindheit dort hat er als frei und unbeschwert in Erinnerung. Die DDR war für ihn ein »riesiges Urlaubsland«.

Sein Vater Wolf Leo, ein Maler und Grafiker, war stets Herr seiner Zeit, und so verbrachten die Leos die Sommer am See irgendwo in Brandenburg. Und auch wenn »die Kindheit in einer Diktatur kein Problem ist«, muss jede Kindheit irgendwann enden. Weil er nicht zu den drei Klassenbesten gehörte und seine Eltern als »Intellektuelle« galten, war es ihm im Arbeiter- und Bauern-Staat nicht möglich, ein Gymnasium zu besuchen. Darum entschied er sich, sein Abitur in der Abendschule zu machen.

Gleichzeitig absolvierte er eine Ausbildung zum Chemielaborant, weil das »so schön unpolitisch« war. Und so kam es, dass der jugendliche Leo zwei Jahre lang in der Kantine eines Instituts der Akademie der Wissenschaften mit – man hat später noch von ihr gehört – Angela Merkel zu Mittag aß. Was ihm damals nicht mal besonders auffiel, da Merkel »nicht gerade outgoing war«. Trotzdem halten die beiden noch immer guten Kontakt.

Im Sommer 1989 hatte Leo beschlossen seine entfernte Cousine aus Österreich zu heiraten, um so eine doppelte Staatsbürgerschaft zu erlangen. Als er diesen Plan dem zuständigen Anwalt Lothar de Maizière, dem späteren DDR-Ministerpräsidenten, unterbreitete, sagte dieser laut Leo: Für eine doppelte Staatsbürgerschaft brauche es zwei Staaten, bei Österreich mache er sich keine Sorgen, aber ob es die DDR noch geben werde, wenn der Papierkram erledigt ist, bezweifle er. Stattdessen riet er Leo, lieber seinen Sommer zu genießen.

## Ein Fremdkörper am OSI

Für Leo kam der Mauerfall im perfekten Moment. Er war 19 Jahre alt und hatte gerade sein Abitur in der Tasche. Mit dem Fall der Mauer nahm nicht nur die Weltgeschichte um ihn herum eine neue Wendung, sondern auch seine eigene Geschichte. Er hing seine Ausbildung im Labor an den Nagel, wurde freier Mitarbeiter beim Sender Freies Berlin, fing an, zu modeln – unter anderem für die italienische Vogue – und begann sein Studium am Otto-Suhr-Institut.

Das lang ersehnte Studium konnte nun endlich anfangen und Leo hatte große Erwartungen an diese Freie Universität, da drüben im Westen. Diese traumhafte Seifenblase platzte allerdings schnell in der Dahlemer-Wirklichkeit. Im schönen Jackett mit eingestecktem Seidentuch, wurde Leo schnell klar, dass die Wessi-Kommiliton:innen das alles nicht ganz so ernst nahmen wie er. Und dass sie überhaupt – anders als erhofft – auch nur normale Leute waren, die nicht mal im Osten besonders aufgefallen wären. Schon beim ersten Betreten der Ihnestraße 21 wurde sein freundlicher Versuch, die Tür für eine Studentin aufzuhalten, als Affront gegen den Feminismus gewertet. Anders als »die ganzen Punks, die im 27. Semester anfangen, sich auf ihre Vorprüfungen vorzubereiten«, wollte Leo schnell studieren, Geld verdienen und »hatte eigentlich überhaupt keinen Bock auf Welt-Revolution«. Auch wenn das OSI anders war als zunächst erwartet und Leo sich in gewisser Weise »wie ein Fremdkörper und nur schwer kompatibel« mit dem OSI fühlte, genoss er seine Zeit sehr. Abgesehen von den vielen Partys schätzte er insbesondere die Freiheiten der Kurswahl, aber auch eindrucksvolle Professoren wie Michael Bolle und Hans-Joachim Mengel.

Da Leo durch Ausbildung und Abendschule 14 Stunden Arbeit am Tag gewohnt war, erschien ihm das Studienpensum als eine Leichtigkeit. So hatte er alle Scheine für den Abschluss des Grundstudiums schon nach zwei Semestern zusammen, statt der vorgesehenen vier. Darauf war das OSI allerdings nicht vorbereitet und so musste Leo ein Jahr abwarten, bis er weiter studieren konnte. Dieses Jahr verbrachte er in Paris an der Sorbonne, lernte Französisch, begegnete »so vielen Französischen wie möglich« und bestand die Aufnahmeprüfung für die Sciences Po in Paris. Dort lernte er seine spätere Frau Marion kennen und machte so aus einem deutsch-französischen Studienaustausch eine deutsch-französische Liebesgeschichte.

## Die deutsche Washington Post

Im Grunde stand es für Leo »schon immer fest«, dass er Journalist werden würde, »ich wusste es nur nicht«. Durch das Ende der DDR stand dieser Fügung nichts mehr im Wege. Auf seine freie Mitarbeit beim SFB folgten Zwischenstationen beim ARD-Hörfunkstudio in Paris, beim Deutschlandfunk in Bonn und bei RTL in Köln, wo ihm beim Sprachtraining zwei Jahre lang drei Mal wöchentlich sein Berliner Dialekt abgewöhnt wurde. Schließlich wurde er von der Berliner Zeitung angeworben. Zu diesem Zeitpunkt versuchte der Verlag Gruner + Jahr mit Hilfe großer Investitionen, zusammen mit dem Chefredakteur Erich Böhme, die Berliner Zeitung zur Washington Post Deutschlands zu verwandeln. Daher wurden überall Leute abgeworben und so sei »die krasseste Redaktion entstanden, die es in einer solchen Form davor nie gegeben hat und die es seither nicht mehr gibt im deutschen Journalismus«. Dort lernte er viel von namhaften Journalisten wie Götz Aly, Jens Jessen und Gustav Seibt. Leo erinnert sich an »zehn geile Jahre« ohne Limits, mit Dienstwägen und wahnsinnigen Einnahmen des Verlags durch Werbeanzeigen. Drei Monate Zeit für eine einzige Reportage war für ihn ganz normal. Knapp 20 Jahre war er für die Seite Drei mitverantwortlich und schrieb im Wechsel mit seinem Kollegen und Freund Jochen-Martin Gutsch die erfolgreiche Kolumne Leo & Gutsch. Hierfür machten sich die beiden wortwörtlich nackt und nahmen ihre Leser:innen jede Woche unter anderem zum Urologen, in den Sommerurlaub oder ins eheliche Schlafzimmer mit. Was nicht immer auf die größte Begeisterung im engen Familienkreis stieß, aber Leo sagt lachend »wir hatten Spaß«.

## Ein beamtenähnlicher Arbeitsrhythmus

Noch während beide bei der Berliner Zeitung arbeiteten, veröffentlichten Leo und Gutsch ihr erstes gemeinsames Buch »Single. Family: zwei Männer. Zwei Welten«. Es folgten fünf

weitere Titel in Zusammenarbeit mit Gutsch. Außerdem, inklusive des noch unveröffentlichten Romans, fünf Solo-Werke. Seine Bücher könnten unterschiedlicher kaum sein. Einige handeln auf humorvolle Art von den Leiden des Alterns, manche sind historische Aufarbeitungen seiner eigenen Familiengeschichte, zwei weitere sind Krimis. Auch das Drehbuch für einen ARD-Tatort schrieb er.

Leo beschreibt sich selbst eher als »Leicht-Schreiber«, aber trotzdem sei es immer wieder eine Quälerei. In den Monaten, in denen er neue Bücher verfasst, zwingt er sich mit viel Disziplin zu seinem beamtenähnlichen Arbeitsrhythmus und verfasst so drei Buchseiten am Tag. Wenn Leo anfängt ein neues

Buch zu schreiben, kennt er zwar die grundsätzliche Konstellation der Akteur:innen und weiß, wo er enden will. Aber manchmal »fangen die Figuren an zu leben« und dann stellt er erstaunt fest, dass sie doch eigentlich anders sind als gedacht. Neben Disziplin, Kreativität, Empathie und der Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen, müsse man sich als Autor stets selbst ernst nehmen. Anders lassen sich Bücher wie »Frankie« nicht erklären: »Da denken sich zwei 50-Jährige eine sprechende Katze aus, während andere über amerikanische Außenpolitik schreiben«. Und trotzdem ist die gesellschaftskritische, lustige, sprechende Katze »jetzt wichtiger. – Sorry, amerikanische Außenpolitik«. Leo lacht.



**T W I T T E R :**  
**@osi-zeitung**





# LUST AUF STREIT?

## Autorinnen & Autoren gesucht!

Ihr habt eine eigene Meinung und Lust auf Diskussionen? Ihr seid interessiert an politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Themen? Ihr recherchiert und schreibt gern? Ihr wollt an Pro- und Contra-Debatten teilnehmen und Teil unserer Community werden?

## Dann seid Ihr bei uns genau richtig!

Schreibt uns einfach über [schreibwas@sagwas.net](mailto:schreibwas@sagwas.net) und stellt Euch vor! Wir suchen junge Autorinnen und Autoren, die mit uns drei Dinge teilen: gegenseitigen Respekt, das Bemühen um sachliche Argumentation und ein ehrliches Interesse an einer offenen Streitkultur.

## Was bieten wir Euch?

- spannende Themen
- eine Betreuung durch unsere Redaktion und Lektorat
- Veröffentlichungen mit kleinem Autor\_innen-Porträt auf [sagwas.net](http://sagwas.net)
- Postings Eurer Beiträge auf Facebook und X
- ein angemessenes Honorar für jeden Beitrag
- ermäßigte Teilnahmegebühren bei Workshops und Web-Seminaren von [sagwas](http://sagwas.net)

Mit [sagwas](http://sagwas.net) wollen wir faire Debatten ermöglichen, wo heute am ehesten Meinungsbildung stattfindet: im Internet. Wir brauchen Information, Partizipation und Diskussion – erst recht im digitalen Raum. **Und dazu brauchen wir Euch!**



[sagwas.net](http://sagwas.net)



[sagwas.net](https://www.facebook.com/sagwas.net)



[sagwasnet](https://twitter.com/sagwasnet)

**FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG**

# Schöner betrügen und betrogen werden mit ChatGPT

**Wie eine Software unsere Bequemlichkeit fördert und das eigene Denken outsourct**

VON TIM PÖSSNECKER

Künstliche Intelligenzen wie ChatGPT bieten auf den ersten Blick unglaubliche Möglichkeiten, um den Arbeitsaufwand zu verringern und den Studierenden das Studium zu erleichtern. Auch die OSI-Studierenden nutzen diese Möglichkeiten laut einer kleinen Umfrage, die für diesen Artikel durchgeführt wurde. Doch dabei ist Vorsicht geboten, um mit der KI nicht in ein oder sogar mehrere Fettnäpfchen zu treten.

Gerade bei simpler Textarbeit kann ChatGPT einem vieles erleichtern oder sogar komplett abnehmen. Das Zusammenfassen von Texten oder das Verfassen von Stichpunkten erledigt ChatGPT in den meisten Fällen gut. Nun könnte man meinen, dass sich der Aufwand für jegliche Textarbeit an der Universität erübrigen würde. Passend dazu gaben von 70 OSI-Studierenden in der nicht repräsentativen Umfrage an, dass etwas über die Hälfte von ihnen grundsätzlich KI für Aufgaben an der Uni nutze. Von diesen gaben wiederum über drei Viertel an, dass sie KI-Modelle für Textarbeit einsetzen. Damit ist Textarbeit mit Abstand der beliebteste Anwendungsbereich für Studierende, gefolgt von unterstützenden Aufgaben bei Hausarbeiten, wie beispielsweise der Ideenfindung oder der Suche nach einer Überschrift, bei etwas über der Hälfte der KI-Nutzenden.

Für benotungsrelevante Zwecke setzten von den KI-Nutzenden bis zu einem Fünftel KI ein. Selbst für Teilnahmenachweise wird KI genutzt und immerhin ein knappes Zehntel gab an, dass es KI für Klausuren verwenden würde – wie auch immer das gehen soll. Sogar das Schreiben der Hausarbeit überlassen einige der KI und gehen damit das Risiko ein, durch diesen Betrug nicht nur ihre Hausarbeit, sondern möglicherweise auch ihren Bachelor oder Master aufs Spiel zu setzen.

## **Einfach mal ChatGPT die Arbeit machen lassen?**

Wen reizt es denn nicht, sich den x-ten zwanzig-seitigen Text von ChatGPT einmal kurz und knackig zusammenfassen zu lassen? Die Verlockung ist groß, gerade diese durchaus sehr drögen Aufgaben von KI-Modellen erledigen zu lassen. Aber kann ChatGPT wirklich alle nötigen und relevanten Informationen wiedergeben oder schafft man sich am Ende mehr Probleme, als man kurzfristig aus dem Weg zu schaffen vermag? Betrachtet man die Inhalte, die ChatGPT zusammenfasst genauer, so stellt man fest, dass es sich lediglich um die grundlegendsten, teils wiederholten Inhalte des Textes handelt, welche nicht unbedingt dem Anforderungsniveau des Studiums entsprechen. So spart man sich zwar die

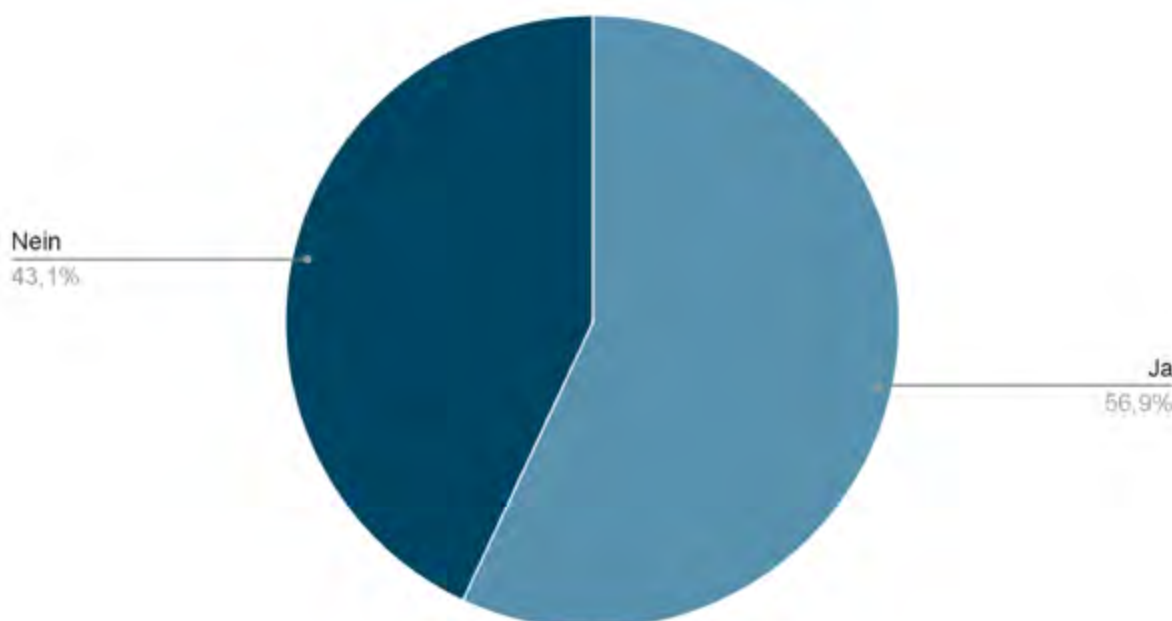
Arbeit und das Denken, doch man spart sich auch relevante und stichhaltige Ergebnisse. Hierbei ist zu beachten, dass der Unterschied zwischen der kostenfreien und der kostenpflichtigen Version ChatGPT's gravierend ist. Doch wie viele Studierende können oder wollen sich schon die umgerechnet knapp 22 € im Monat leisten?

Auf den ersten Blick scheint die Entwicklung von ChatGPT wie ein Wunder für Studierende. Doch beim zweiten Hinsehen merkt man, dass es nicht so simpel ist: Man muss wissen, wie man ChatGPT richtig nutzt und sich über seine Fähigkeiten und vor allem Grenzen im Klaren sein. Die Nutzung von KI in Hausarbeiten ist zwar nicht untersagt, bedarf aber einer klaren Kennzeichnung. Problematisch wird es hierbei jedoch durch die Natur der KI-Modelle selbst. Diese können nur selten klare Quellen angeben oder erfinden sogar Fakten, Autoren und Artikel und machen es Studierenden somit quasi unmöglich, die KI-Texte risikolos zu verwenden. Erst recht, wenn es in der Politikwissenschaft um aktuelle Themen geht, sind KI-Modelle nicht verlässlich. Es ist schlichtweg nicht ratsam, dem KI-Modell die

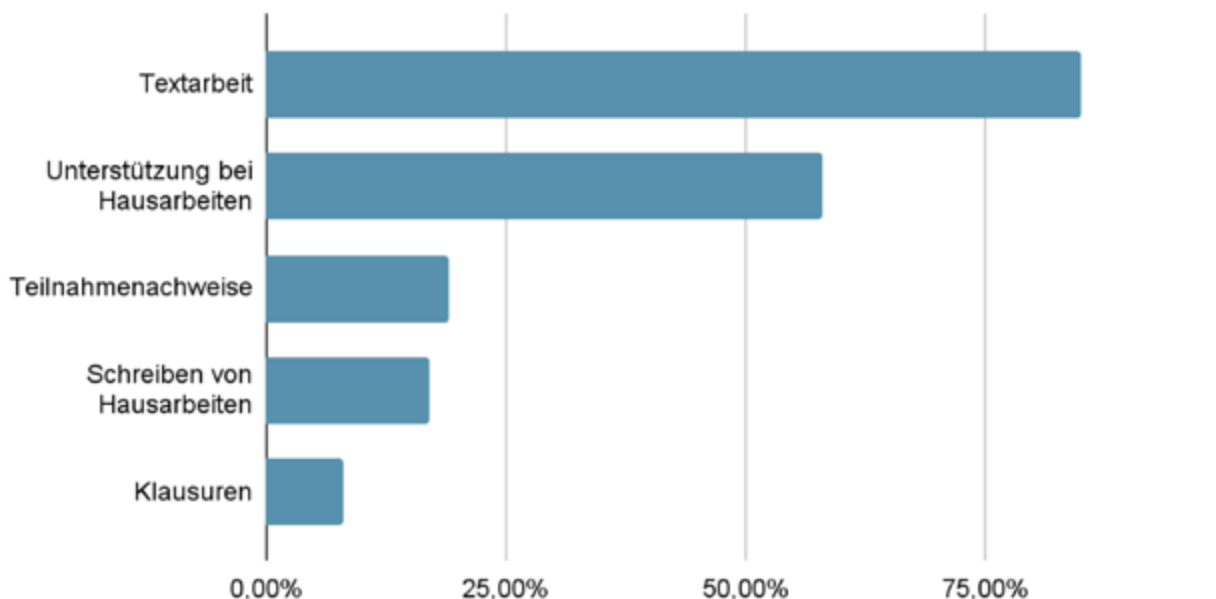
gesamte Arbeit zu überlassen, weil man nicht auf dessen Korrektheit vertrauen darf und dies auch gar nicht kann. Vielmehr läuft man dabei im schlimmsten Fall Gefahr, seine universitäre Laufbahn und den Abschluss durch derlei Betrug zu gefährden.

### Von Flickenteppich und »gesamtuniversitären Diskussion[en]«

Blickt man auf die akademische Regulierung von KI-Modellen, so ergibt sich an der Freien Universität ein unorganisierter Flickenteppich aus Vorgaben, Überlegungen und anarchischen Gesetzlosigkeiten. Eine FU-weite Richtlinie gibt es laut Qualitätssicherung des Fachbereichs PolSoz derzeit nicht – jedoch werde das Thema in einer »gesamtuniversitären Diskussion« behandelt. Diese Diskussion brachte bisher immerhin ein Eckpunktetpapier zum Thema KI hervor, das jedoch nur als mehr oder weniger fester oder eben lockerer Leitfaden dient. Ob das nun bedeutet, dass wir schon bald oder erst in ein paar Jahren feste und verbindliche Richtlinien sehen werden, kann nur die Zeit zeigen.



Nutzt du KI-Modelle für Aufgaben an der Universität?



Von den KI-Nutzenden: Wofür nutzt du KI-Modelle an der Universität?

Doch nun lassen wir die Gesamt-FU mal außen vor und schauen auf das OSI. Gibt es hier festgelegte Richtlinien? Ja! Nur weiß so gut wie niemand davon.

### Was gilt denn nun?

So teilte das Team der Qualitätssicherung des Fachbereichs PolSoz schriftlich mit, dass es »Eine einheitliche rechtlich bindende Vorgabe [...] bisher nicht [gibt].« Dazu passt auch die Vorlesung von Prof. Dr. Matthias Künzler, der im Rahmen von Cilja Harders' Vorlesung »Einführung in die Politikwissenschaft« über »gute wissenschaftliche Praxis« sprach. Er betonte, dass es am OSI keine allgemeine Richtlinie gebe. Allerdings habe sein Heimatinstitut, das Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (kurz: IfPuK), bereits seit Juni eine einheitliche Richtlinie für die Nutzung von KI-Modellen festgelegt.

Aber was gilt denn nun? Die Richtlinie gestaltet sich nach IfPuK sowie OSI so, dass die KI-Nutzung »in Prüfungen unter Aufsicht, z.B. Klausuren, nicht zugelassen« ist. Bei »Prüfungen ohne Aufsicht, z.B. Hausarbeiten,

[ist KI-Nutzung] als Hilfsmittel zugelassen.« Voraussetzung dafür ist die korrekte Kennzeichnung sowie Dokumentation über die Verwendung und das KI-Modell selbst. Die genauen Anforderungen können jedoch nach Studienfach sowie Dozierenden auch am Institut noch leicht variieren, sollten sich jedoch maßgeblich an dieser Richtlinie orientieren.

Man fragt sich also, warum das OSI dem IfPuK scheinbar so hinterherhinkt. Denn Professor Künzlers Aussage bezüglich einer fehlenden KI-Richtlinie am OSI wird seitens der offiziellen OSIaner:innen nicht korrigiert. Dabei hat das OSI genau dieselben, mit denen des IfPuK übereinstimmenden Richtlinien. Und diese wurden am OSI sogar knapp einen Monat früher als am IfPuK beschlossen. Anscheinend beherrscht das IfPuK die Kommunikation einfach besser als das OSI – denn bei uns weiß trotz vorliegender Richtlinien niemand so genau, was jetzt eigentlich Sache ist und in welchem Rahmen die Verwendung von ChatGPT oder anderen KI-Modellen erlaubt ist und wo Vorsicht geboten ist.

# Kann Twitter alias X noch Debatte?

Über Elon Musk, Wildwest-Zustände und das Waschbecken im Hauptquartier

VON JULIA ROTTMANN

Wir müssen über Twitter reden – auch, wenn es inzwischen offiziell X heißt. Keine Social-Media-Plattform stand in den vergangenen beiden Jahren so oft im Rampenlicht. Diese Aufmerksamkeit hat die Plattform vor allem einem Mann zu verdanken: Elon Musk. Obwohl sich sicherlich darüber streiten lässt, ob hier wirklich von Dank die Rede sein kann.

Denn seit Musk das Unternehmen im Oktober 2022 nach reichlich Hin und Her für ganze 44 Milliarden Dollar kaufte, hat sich nicht nur der Name der Plattform von Twitter zu X gewandelt: Noch vor dem blauen Twitter-Vögelchen verabschiedete sich Musk von gut 6.500 der ehemals 8.000 Mitarbeiter. Viele Stellen, die sich vor der Entlassungswelle beispielsweise um die Moderation extremistischer Inhalte oder das Löschen von Desinformationen gekümmert hatten, sind jetzt unbesetzt. All das kursiert nun munter auf der Plattform. So ist der Umfang von Tweets, die Verunglimpfungen enthalten, seit der Musk-Übernahme dramatisch angestiegen, wenn man den Ergebnissen des Center for Countering Digital Hate (CCDH) glaubt. Was Musk – Überraschung! – selbstverständlich nicht tat. Im Gegenteil: Er verklagte das Forschungsteam, weil es mit seiner »Angstkampagne« absichtlich die Werbekunden vergraule und nannte den Gründer der Organisation eine »Ratte«. Einen Vertrauens- und Sicherheitsrat gibt es nicht mehr und auch aus dem EU-Desinfor-

mationsabkommen ist Twitter unter Musk ausgestiegen. Nicht zuletzt: Für ein Verifizierungshäkchen und damit eine gewisse Legitimation muss man inzwischen nichts weiter tun, als jeden Monat acht Euro an X zu überweisen.

Stück für Stück wurde »Twitter« so zu »X«. Twitter war lange Zeit aus der politischen Debattenkultur kaum wegzudenken – und X? Inwiefern kann die Plattform diesen Ruf noch verteidigen oder schadet sie dem politischen Diskurs inzwischen mehr, als sie ihm nützt?

## »Twitter ist Musks persönliches Spielzeug«

»Die gefährlichste Entwicklung auf Twitter sehe ich darin, dass ein einzelner Typ glaubt zu wissen, was gut für die Plattform und ihre Nutzer ist«, fasst Falk Steiner, Fachjournalist für Politik und Digitales, die Geschehnisse seit Oktober 2022 zusammen. Auch wenn Twitter schon pre-Musk einige Probleme hatte, habe Musk mit seiner erratischen Art ein halbwegs funktionierendes Ökosystem faktisch zerstört: »Das ist jetzt sein persönliches Spielzeug. Wobei die meisten kleinen Kinder sehr viel pfleglicher mit ihren Kuscheltieren umgehen.« Und, fügt er hinzu, eine Nebenwirkung eines Plattformbetreibers, dem man weder vertrauen kann noch will, sei, dass man sich selbst zensiert. Er hätte der Plattform eine andere Zukunft gewünscht.



© Falk Steiner

Falk Steiner ist freier Journalist in Berlin und Experte für Politik und Digitales. Er arbeitete als Korrespondent unter anderem für den Deutschlandfunk, als Redakteur oder Autor für Zeit, Spiegel, Tagesspiegel, taz und andere. Sein Diplom absolvierte er am OSI.

Tobias Heidenreich forscht am Wissenschaftszentrum Berlin zu politischer Kommunikation und beobachtet die Entwicklung der Plattform mit Besorgnis: »Man weiß aus der Forschungsperspektive, dass durch die vermeintliche Öffnung der freien Rede, die Musk initiiert hat, Tür und Tor für genau eine Gruppe geöffnet wurde, nämlich die extreme Rechte«. Das gehe auch mit mehr Hassrede einher.

Bevor man von diesen veränderten Diskursdynamiken auf die Gesamtgesellschaft schließt, sollte man sich allerdings die Größenverhältnisse vor Augen führen: Monatlich wurde Twitter im Jahr 2023 von circa acht Millionen Deutschen aktiv genutzt. Zum Vergleich: Bei Instagram sind es um die 33 Millionen. Wir haben es also mit einer Art »Elitendiskurs« zu tun, meint auch Heidenreich. Silke Zimmermann, Soziologin und Geschäftsführerin von neuland gestalten, einer

gemeinnützigen Organisation für Demokratie- und Diskursförderung, sieht darin den Knackpunkt dieser Debatte: Die Entwicklungen auf Twitter seien natürlich besorgniserregend, doch man müsse sich immer vor Augen halten, dass Twitter nicht Maß der Dinge sei und bei weitem nicht die große Masse der Bevölkerung abbilde.

### Der Digital Services Act: Theoretisch gut – und praktisch?

Dennoch: Desinformation ist auf Twitter alias X ein reales Problem. Das hat auch der Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober gezeigt – auf Social Media wimmelte es nur so von falschen Informationen, ganz besonders auf X. Die Aufsichtsbehörden konnten nicht länger tatenlos zusehen und so kam zum ersten Mal der DSA, der Digital Services Act der EU, gegen X zum Einsatz. Am 12. Oktober wandte sich die Europäische Kommission mit einer Anfrage an die Plattformbetreiber, die sich auf »mögliche Verstöße von X im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Desinformation,



© Tobias Heidenreich

Tobias Heidenreich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung »Global Governance« beim WZB. Im Wintersemester 23/24 leitete er das Proseminar »Politische Kommunikation in Europa: Social Media Diskurse im Mehrebenensystem« am Otto-Suhr-Institut.



Silke Zimmermann ist studierte Soziologin und Theaterwissenschaftlerin – einen Teil des Studiums absolvierte sie an der FU Berlin. Sie ist Programmleiterin und Geschäftsführerin der neuland & gestalten gGmbH und engagiert sich ehrenamtlich im Vorstand der Nemetschek Stiftung. In dieser Funktion ist sie unter anderem auch für »Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.« aktiv.

Hassrede und anderen Aspekten« bezog, und nahm sie damit in die Pflicht, Informationen über den vermuteten Missstand bereitzustellen. Daraufhin eröffnete die Kommission zwei Monate später ein förmliches Verfahren gegen X, in dem geprüft werden soll, ob die Social-Media-Plattform »in den Bereichen Risikomanagement, Inhaltsmoderation, Dark Patterns, Werbetransparenz und Zugang zu Daten für Forscherinnen und Forscher« gegen die DSA-Vorschriften verstößt. Steiner, der die Entwicklungen des DSA von Beginn an intensiv beobachtet hat, erläutert, dass die Kommission im nächsten Schritt eine Anordnung erlassen und X auffordern könne, den Missstand zu beheben. Käme X dieser Forderung nicht nach, würden Sanktionen verhängt – von Geldstrafen bis hin zu einer Sperre. Eine recht weitreichende Befugnis also, zumindest in der Theorie.

Denn in der Praxis ist der DSA bisher nicht umsetzbar. Die Umsetzung scheitert – so Steiner – unter anderem noch an Deutschland. Zwar sei grundsätzlich die Europäische Kommission die Aufsichtsbehörde für alle Very Large Platforms (VLOPs), zu denen auch Twitter zählt, sie arbeite allerdings auf Landesebene mit sogenannten Digitale-Dienste-Koordinatoren zusammen. Dafür kämen in Deutschland so einige Institutionen infrage – unter anderem die Landesmedienanstalten, die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz, das BKA oder die Landeskriminalämter. Und genau hier habe man sich zu lange über die Kompetenzen gestritten – und damit das gesamte europäische Durchsetzungssystem gelähmt.

Zimmermann sieht im DSA vor allem ein wichtiges politisches Signal, dass die »Wildwest«- Zustände auf X nicht tatenlos geduldet werden: »Mit diesem Gesetz hat man etwas Handfestes, das man der Problematik entgegenzusetzen kann, damit das Netz im weitesten Sinne ein demokratischer Ort bleibt.« Hierbei schwingt allerdings auch eine gewisse Eigenverantwortung der Nutzerinnen mit, diese Rechte auch zu ergreifen und Missstände anzuzeigen. Ein weiteres wichtiges Tool gegen Desinformation sei Aufklärung: Wie funktionieren diese Anwendungen, die unseren Alltag so komfortabel machen? Wo liegen die Chancen, wo die Risiken? Wir alle, so Zimmermann, sind Teil einer lernenden Gesellschaft. Klar, das Internet, Twitter, Social Media ist alles nichts Neues für uns – neu sei die Gestaltung einer digitalen Gesellschaft.

## Ist ein Twitter-Exodus zu erwarten?

Bei Twitter – respektive X – ist also einiges los. Das muss man erstmal sacken lassen. Oder, um in den Worten Musks zu sprechen, der kurz nach seiner Übernahme breit grinsend mit einem Waschbecken in das Twitter-Headquarter marschierte: »Let that sink in«.



[Tweet von Elon Musk: Let that sink in](#)

Und: it did sink in. Nur anders, als er sich das ausgemalt hatte: Die Zahl der aktiven Nutzer ist seit der Übernahme Musks drastisch gesunken. Immer mehr Menschen scheinen genug vom Twitter-Drama zu haben und wandern ab – zum Beispiel zu Mastodon, Bluesky oder Threads. Auch Falk Steiner hat aufgehört, auf Twitter zu posten. In seinen letzten Tweets lud der OSI-Absolvent seine Follower ein, ihm doch lieber auf Bluesky oder Mastodon zu folgen.

Dabei hatte Twitter früher eine wichtige Rolle für seine Arbeit als Journalist: Mittlerweile nutze er den Dienst nur noch im Ausnahmefall, zum Beispiel, um bei aktuellen Entwicklungen am Ball zu bleiben – dafür gebe es einfach noch keine Alternative. Doch abgesehen davon sei die Plattform inzwischen für seine Arbeit beinahe irrelevant. Sie sei übersät mit Bots und Fake Accounts und der Algorithmus belohne

provokante Aussagen mit mehr Sichtbarkeit – ernsthafte politische Debatten könne man bei einem solchen Klima nicht mehr führen. »Und etwas, wofür ich Twitter früher gerne genutzt habe, nämlich eine Frage in den hohlen Raum stellen, funktioniert heute schlicht nicht mehr«, erzählt Steiner weiter. »Die Menschen schrecken inzwischen davor zurück, sich auf Twitter öffentlich mit ihrer Expertise zu exponieren«.

Auch in der Academia-Bubble fährt man inzwischen mehrgleisig, berichtet Heidenreich. Was viele noch davon abhalte, ihren Twitter-Account tatsächlich zu löschen, sei die Weitläufigkeit des Netzwerks und die Möglichkeit, echte Dialoge entstehen zu lassen, während auf anderen Plattformen eher eine Top-Down-Kommunikation herrsche. Doch in der Form, wie wir Twitter derzeit erleben – wo sich immer mehr Medien zurückzögen und populistische Stimmen immer stärker würden, wo der Algorithmus inzwischen Dinge bevorzuge, die extremer sind, um mehr Views zu generieren – brauche es die Plattform nicht mehr, stellt Heidenreich fest: »Wenn dieser Prozess so weitergetrieben wird, wird die Plattform nicht mehr demokratiedienend sein.«

## Ist Twitter noch zu retten?

Die jüngsten Entwicklungen und die Politik von Elon Musk mögen dem politischen Diskurs auf der Plattform – ob man sie nun Twitter oder X nennt – geschadet haben. Das sollte man kritisch im Auge behalten. Allerdings: »Ich würde nicht sagen, dass eine politische Debattenkultur zwingend von einem bestimmten Medienformat abhängt, sondern davon, dass Kommunikation stattfinden kann«, sagt Steiner. Genügend Plattformen, auf die es sich auszuweichen lohnt, gibt es in jedem Fall. Was Twitters eigene Zukunft betrifft, fügt er hinzu: »Ich glaube, dass Twitter hervorragend zu retten wäre, aber nicht mit Elon Musk.«



# Ihnestraße 22: Erinnerung ./ Erinnerung

**Die Umwandlung der Ihnestraße 22 in einen Erinnerungsort zur Rassenforschung droht die Erinnerung an die eigene Geschichte der Deutschen Hochschule für Politik zu verdrängen. Keine gute Idee**

VON CHRISTIAN WALTHER

Das Haus Ihnestraße 22 soll zu einem Erinnerungsort werden für das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik (KWI-A). Für dieses Institut war das Gebäude in den 20er Jahren errichtet worden. Dort wurden in der Nazizeit akademische Büchsenspannerdienste geleistet für die mörderische Rassenpolitik des Regimes.

Drei Jahrzehnte später hat das OSI die Immobilie teilweise – 1983 komplett – bezogen. Seit 1988 erinnert eine – zu selten beachtete – Tafel neben dem Haupteingang an den Beitrag des KWI-A zu Selektion und Mord und mahnt die Wissenschaft, ihre Verantwortung für Inhalt und Folgen ihrer Forschung wahrzunehmen.

Das Projekt läuft schon seit Jahren (Osi-Zeitung 23 hat berichtet), doch in diesem Jahr soll, vorbereitet durch ein Team um Manuela Bauche und Volker Strähle, die Umgestaltung Realität werden. Einzelheiten zum Konzept waren von Bauche nicht zu erfahren. Aber es scheint, als habe sie auch das Treppenhaus verplant, in dem eine Fotoausstellung seit den 90er Jahren an »widerständige und verfolgte Angehörige« der Deutschen Hochschule für Politik erinnert. Bauche hatte nämlich den Chef der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Johannes Tuchel, angeschrieben, der – zusammen mit Prof. Peter Steinbach – an Recherche und Gestaltung der

Fotoausstellung beteiligt war. Konziliant erklärte Tuchel, dass das OSI natürlich jede Freiheit habe, die Rahmen an anderer Stelle zu zeigen, dass es aber schade wäre, wenn diese Tradition ganz verloren gehen würde.

Und tatsächlich: Die Erinnerung an Lehrkräfte wie Gollwitzer, Löwenthal, Brandt, Heuss, Dietrich und Margarete von Trotha, an Ernst Reuter, Löbe, Hilferding, Tillich, Franz Neumann und Stefan Hampel verdient eher mehr als weniger Beachtung, aber bestimmt nicht den Umzug in die Besenkammer.

Es geht um Verfolgung und Emigration, KZ und Selbstmord, Widerstand und Exil. »Einzigartig« unter deutschen Hochschulen war die Widerständigkeit der Angehörigen der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP). Prof. Siegfried Mielke hat dies schon vor Jahren eindrucksvoll dokumentiert. Und diese Geschichte ist unsere Geschichte. Eine Geschichte, die mit der Wiederbegründung der Hochschule nach dem Krieg, bewusst beschlossen am 100. Jahrestag der Revolution von 1848, am 18. März 1948, ihre Fortsetzung fand. Und mit der Aufnahme des Lehrbetriebs am 15. Januar 1949, vor 75 Jahren, während der Luftbrücke. Doch die Geschichte des OSIs scheint am OSI keine große Rolle zu spielen. Mielke spricht von »Geschichtsvergessenheit.«



© Christian Walther

Grau in Grau im Treppenhaus: Die Geschichte des OSIs beginnt mit der Geschichte der Deutschen Hochschule für Politik. Zahlreiche Angehörige waren im Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder wurden ins Exil gezwungen

Ganz anders die Geschichte des Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik. Sie hat mit dem OSI nicht viel zu tun. Es gibt keinerlei Kontinuitäten in Forschung oder Personal. Nur die Immobilie verbindet beide.

Das KWI war überwiegend aus Berlin geflüchtet, als die Bomben fielen; das Haus wurde in den letzten Kriegsmonaten Lazarett. Dann kamen die Amerikaner. Was sie in Nr. 22 gemacht haben, ist bisher nicht bekannt; in der 24, dem Direktorenhaus, gab es einen Beauty-Shop, in der 26 einen Officers Barber-Shop. So steht es im Telefonbuch der US-Streitkräfte in Berlin von Mai 1946.

Dann wurden die Häuser 1948 an die soeben gegründete FU übergeben, die zunächst mit Rechts- und Wirtschaftswissenschaften einzog. Es folgten die Romanisten und auch das Studentenwerk mit der Arbeitsvermittlung »Heinzelmännchen«. Erst 1973 kamen Teile des OSI ins Haus. Keine Frage: Für das KWI ist die Ihnstraße 22 der »authentische Ort«. Hier lagen wissenschaftliche Avantgarde und wissenschaftlicher Abgrund dicht beieinander.

Doch allein die Immobilie macht's nicht. Nur wenige Schritte vom OSI entfernt, in der Ihnstraße 63, befindet sich das Max-Planck-Institut für molekulare Genetik (MPI-MG). Dort findet man die fachlichen und personellen Kontinuitäten.

Zuerst ging es um Erblehre und Eugenik, in den 50er Jahren dann um vergleichende Erbbiologie und Erbpathologie und seit 1964 heißt das Forschungsfeld Molekulare Genetik.

Allerdings ist bis heute nicht klar, was nun eigentlich konkret gemacht wurde am ursprünglichen Ort. Hans-Walter Schmuhl hat ein Standardwerk zu den »Grenzüberschreitungen« des Instituts geschrieben, kommt aber an vielen Stellen nicht über den Konjunktiv hinaus: Dieses oder jenes könnte hier passiert sein – Genaues aber weiß man oft nicht.

Immerhin: Es gibt die sehr klare Aussage des jüdischen Mediziners Miklós Nyiszli, der für den Nazi-Arzt Josef Mengele Zwangsarbeit leisten musste. Er berichtete im Nürnberger IG-Farben-Prozess 1947, dass man Knochen von Häftlingen mit anomalem Körperbau nach

deren Ermordung zum KWI nach Dahlem geschickt habe. Zweifel an dieser Darstellung sind bislang nicht laut geworden – Belege gibt es aber auch nicht.

Deshalb war die Aufmerksamkeit groß, als in den letzten Jahren bei Bauarbeiten zwischen OSI und FU-Bibliothek Knochen gefunden wurden. Doch die Untersuchungsergebnisse der Archäologen enttäuschten. Eine klare Zuordnung zu bestimmten Opfern erwies sich als unmöglich. Nicht nur, dass es zahlreiche Tierknochen gab – das ehemalige »Rote Café« war einst Stallung des KWI –, es fanden sich auch menschliche Knochen aus sehr alten Skelettsammlungen, die nichts mit den Nazis, schon gar nichts mit Auschwitz zu tun hatten. Ob sie aus der Kolonialzeit stammen, aus der »Zigeuner«-Forschung des Instituts oder aus KZs – es wurde nicht geklärt. Am Ende hieß es – und die Ergebnisse wurden vom Forschungsteam im Juni '21 ausführlich auch im Tagesspiegel dargestellt –, dass nicht ausgeschlossen werden könne, dass auch Knochen aus Auschwitz dabei waren. Jeder Strafprozess würde an dieser Stelle platzen.

Es folgte, was manchen als ethisch geboten, anderen als wissenschaftlich skandalös erschien: Die FU hat die Knochen beisetzen lassen, obwohl eine weitere, forensische Untersuchung auch die Zuordnung zu konkreten Opfergruppen hätte möglich machen können. Das aber war – in Absprache mit Vertretern potentieller Opfergruppen – nicht gewünscht. So bewegt man sich in der Aufarbeitung auf dünnem Eis. Es bleiben die aus Auschwitz übersandten Präparate, darunter mehrere Augenpaare und 200 Blutproben, es bleiben der KZ-Arzt Mengele in Auschwitz, Karin Magnussen und ihre Kollegen in Dahlem. Es bleibt ein oft eher diffuses Unbehagen am Themenfeld Vererbung mit seinen oft krachend gescheiterten, in der Nazizeit aber hoch willkommenen Forschungsansätzen zur Rassenlehre. Und es bleiben viele offene Fragen.

Ob das alles ausreicht, aus dem Haus einen Erinnerungsort für das KWI-A zu machen, darf man bezweifeln. Wenn man es aber tut, dann darf man auch einen sensiblen Umgang mit der eigenen Geschichte erwarten.

Die eigene Geschichte des OSI, vor allem der DHfP, hätte man in diesem Haus in Kontrast setzen können zur Geschichte des KWI-A. Widerstand statt Kollaboration, Exil statt Karriere. Doch daran ist offenbar nicht gedacht. Zu der aus heutiger Sicht eher mickrigen Fotoausstellung im Treppenhaus schreibt Bauche, dass sie mit Prof. Börzel »angedacht [habe], dass das Thema einmal im IR [Institutsrat] angesprochen wird. Es spricht nicht grundsätzlich etwas dagegen, die Ausstellung bestehen zu lassen, sollte das ein großer Wunsch sein.« Ihr eigener ist es offenbar nicht.



Göttin der Weisheit: Der Kopf der Minerva über dem Eingang war das Markenzeichen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und blieb es auch bei der Max-Planck-Gesellschaft. Die Tafel rechts erinnert seit 1988 an Verbrechen und Verantwortung der Wissenschaft

© Christian Walther



NILS DIEDERICH

Was macht eigentlich...Nils Diederich?

# Wie Ski Aggu Großvater den Wahl-O-Mat in die Welt setzte

VON MORITZ KREIMEIER

Eigentlich waren keine Überraschungen geplant. An einem verschneiten Tag Anfang Dezember sitzt Nils Diederich in seinem Wintergarten in Zehlendorf am Esstisch. Draußen herrschen Minusgrade und Diederich dreht seinen Heizlüfter noch etwas höher. Die 89 Jahre merkt man dem emeritierten OSI-Professor kaum an. Das Gespräch läuft schon knapp zwei Stunden, Diederich spricht gerade über junge Leute, die sich nur noch über das Internet informieren: »Mein Enkel zum Beispiel, der ist auch Rapper«. Beiläufig ergänzt er: der heiße »Ski Aggu«. Da ist man baff. Dieser Mann mit Cordhose, Brille und buschigen Augenbrauen ist also nicht nur ehemaliger Bundestagsabgeordneter, Professor und Wahlforscher, sondern auch Großvater eines der erfolgreichsten deutschen Künstler des vergangenen Jahres.

Doch was hat das alles mit dem Wahl-O-Mat zu tun? Von Anfang an.

Wenn Nils Diederich über sein Leben spricht, verfällt er ins Altsprachliche: »Vita somnium breve«, sagt er – »das Leben ist ein kurzer Traum«. Etwas untertrieben für die fast neun Jahrzehnte, die hinter ihm liegen. Geboren 1934, wuchs er in einer traditionell sozialdemokratischen Familie auf. Der Vater wurde von den Nazis verfolgt, die Mutter sang mit ihm Revolutionslieder. Nils war Mitglied in der SPD-Jugendorganisation »Die Falken«, später im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Mit 18 trat er der SPD bei.

»Ich bin aber eigentlich Mitglied seit 1890«, sagt er schmunzelnd. Damals wurde sein Großvater durch Karl Liebknecht von der Sozialdemokratie überzeugt.

Diederich geht an die Freie Universität, wo er bis zu seiner Emeritierung über 40 Jahre später bleiben wird. Er studiert Volkswirtschaft und Soziologie und beginnt bald auch, an der Uni zu arbeiten. »Ich habe mich nie auf irgendeine Stelle beworben«, betont der 89-Jährige. Trotzdem kommt er wiederholt an gute Stellen, unterstützt von einer »großen Hand aus den Wolken«, wie er es gerne nennt: Diederich wird wissenschaftlicher Assistent, später akademischer Rat am Institut für politische Wissenschaft. Die »Hand aus den Wolken« hatte jedoch oft einen Namen: Otto Stammer. Der berühmte Soziologe setzte sich häufig für ihn ein.

## Protest und Parlament

Um Diederich herum bewegt sich einiges an der FU: Die 68er kämpfen gegen den »Muff von 1000 Jahren«. Studierende besetzen Hörsäle, Rudi Dutschke agitiert an der Uni und Diederich ist mittendrin. Er erlebt die Studierendenbewegung als emotional stark aufgeladene Zeit: »Es war ein Umbruch«, sagt er heute. Diederich ist der Kritik der Studierenden nicht abgeneigt: Auch er ist gegen die damals umstrittenen Notstandsgesetze. Als Teil der Bewegung sieht er sich dennoch nie: »Ich war immer Sozialdemokrat.«

1968 holt ihn diese Standhaftigkeit ein: Am Rande eines Parteitags muss ausgerechnet er jungen Demonstrant:innen erklären, warum die SPD den Notstandsgesetzen zugestimmt hat. Für Diederich sind die Themen der 68er eine Härteprüfung in der SPD: »In der Partei war ich Opposition«, erinnert er sich.

Doch Politik von der Seitenlinie war nie Diederichs Art. Nach einigen Jahren in der Bezirksverordnetenversammlung Zehlendorf wird er 1971 Leiter der Planungsleitstelle des Berliner Senats, also Teil der Administration. Hier geht es um ressortübergreifende Projekte der Stadt: Integration von Ausländer:innen, Menschen mit Behinderung und Verkehrsplanung.

1976 zieht Nils Diederich dann in den Bundestag ein, sitzt für die SPD unter anderem im Finanz- und Haushaltsausschuss. Ein Abschied vom OSI ist das nicht: »Ich habe immer Lehrveranstaltungen angeboten«. Dafür pendelt er auch mehrmals wöchentlich zwischen Bonn und Dahlem. Die beiden Orte stellen auch ein Spannungsverhältnis zwischen Politik und Wissenschaft dar. »Ich habe immer versucht, das strikt auseinanderzuhalten«, sagt Diederich heute. Vereinbaren lassen sich die beiden Felder für ihn mit seinem Grundsatz der Rationalität: »mit der muss man Wissenschaft betreiben, aber eben auch Politik. Ich habe nie Agitation im Otto-Suhr-Institut betrieben.«.

### Vom Unikurs zum Wahl-O-Mat

2001 beginnt Diederich das Projekt, das im millionenfach genutzten »Wahl-O-Mat« mündet. Der Grundstein heißt »Politik und Werbung« und ist ein Projektkurs, in dem Studierende über zwei Semester einen Praxisschein erwerben können. Diese Art von Kursen gibt es heute nicht mehr. »Das ist durch diese

Bachelor-Scheiße alles den Bach runtergegangen«. Ziel des Kurses: Junge Menschen und Erstwähler:innen sollen mit Hilfe einer Kampagne für die Bundestagswahl 2002 mobilisiert werden. Zur Unterstützung holt sich Diederich zwei ehemalige Studenten heran: Rudolf Hetzel und Christoph Kamps, die Erfahrungen aus Politikberatung und Werbung mitbringen. Gemeinsam initiieren sie die »Politikfabrik«, eine studentische Kommunikationsagentur.

»Wir haben den Studenten gesagt: Wir machen richtigen Wahlkampf.«, so Diederich heute. Einen Wahlkampf, nicht für eine Partei oder eine Kandidatin, sondern für das Wählen an sich. Den Fokus legt die »Politikfabrik« dabei auf Friedrichshain-Kreuzberg. Dort ist die Wahlbeteiligung am niedrigsten, der Anteil von jungen Wahlberechtigten so hoch wie nirgendwo sonst in Berlin. In Kleingruppen entstehen verschiedene Konzepte, am Ende setzt sich die Kampagne »WahlGANG« durch. Unter dem Slogan entstehen Werbeplakate, Performance-Aktionen und ein Kinospot. »Das haben die Studenten alles selbst entwickelt«, sagt Diederich anerkennend.

Die gewonnene Aufmerksamkeit lässt das Projekt wachsen: Diederich gewinnt die Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) als Förderin. Sie finanziert das Projekt mit 80.000 D-Mark. Im Gegenzug hat sie eine Bitte: ob die Politikfabrik nicht eine deutsche Version des »Stemwijzer« entwickeln könne, einem Online-Wahlhilfe-Tool aus den Niederlanden? »Gott sei Dank hatten wir zwei Leute, die damals schon in der Computerei drin waren.«. Nun baut der Unikurs also ganz nebenbei noch den »Wahl-O-Mat«: Anhand der Wahlprogramme der Parteien stellt die Politikfabrik 27 Thesen zur Beantwortung auf. Der gut vernetzte Diederich korrespondiert mit den Parteien und schafft es, dass alle die



© Moritz Kreimeier

Theorie und Praxis, Legislative und Exekutive, Bezirksparlament und Bundestag, Bonn und Berlin - Nils Diederich hat viel untergebracht in seinen nun bald 90 Jahren

Thesen absegnen. »Die einzigen, die Probleme gemacht haben, war die CSU«, erinnert er sich.

### Ruhm und Ehre

Der Erfolg des »Wahl-O-Mat« kommt mehr oder weniger über Nacht: Der Entertainer Harald Schmidt spielt ihn in seiner Late-Night-Show durch. Auf einmal wollen Tausende auf die Website zugreifen, die Server brechen zusammen. 2003 übernimmt die Bundeszentrale den Wahl-O-Mat vollständig. Bis heute ist es das mit Abstand erfolgreichste Projekt von Diederichs »Politikfabrik«: Bei der letzten Bundestagswahl wurde die Website über 20 Millionen Mal aufgerufen.

Auch die »WahlGANG« verzeichnet mit ihrer Kampagne Erfolge. Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg steigt 2002 die Jugendwahlbeteiligung über den Berliner Durchschnitt. Dass Diederichs Studierende auf Kreuzberger Schulhöfen den Wahl-O-Mat ausprobieren ließen, mag ein Grund gewesen sein.

Diederichs Projekte trugen damals dazu bei, dass sich junge Menschen mit Politik beschäftigen. Junge Menschen, die heute oft die Musik seines Enkels Ski Aggu hören würden. »Ich habe versucht, ihn zu überzeugen, in Schulen zu gehen, um mit den Schülern über Politik zu diskutieren«, sagt Diederich lachend. Der Rapper August Diederich spricht in letzter Zeit häufig von der »Ski Aggu Partei«, mit der er 2025 Bundeskanzler werden möchte. Vielleicht ist auch dies ein Ergebnis von Nils Diederichs jahrelangen Bemühungen, die Jugend zu politisieren.



# Flüssig durchs Studium.

**Ob Studienbeginn,  
Auslandssemester oder  
Nebenjob – wir bieten  
Ihnen von Konto über  
Karte bis Studienkredit  
alles aus einer Hand.**

[berliner-sparkasse.de/studi](https://berliner-sparkasse.de/studi)







Esi Chase-Schimming, Richterin am Obersten Gericht in Namibia und Tochter von Nora Schimming, mit dem CDU- Kreisvorsitzenden Stephan Standfuss im Abgeordnetenhaus.

# Es muss nicht immer Kanonenboot sein

## Update Umbenennung Iltisstraße

VON CHRISTIAN WALTHER

Zeitgemäße Formen der Mobilität haben einen neuen Standort. Direkt am U-Bahnhof Dahlem-Dorf, in der Iltisstraße, ist eine neue Jelbi-Station entstanden mit allerlei fahrbaren Untersätzen zum Teilen, Fahren, Rollern. Inzwischen kommt aber auch Bewegung in die Umbenennungsdiskussion für die Iltisstraße. Es gibt neue Bemühungen um einen Konsens von zumindest FDP, Grünen und SPD.

Die Iltisstraße ist bekanntlich nach dem Kanonenboot Iltis benannt, das 1900 unter dem Kommando von Kapitän Lans das chinesische Fort Taku angegriffen hat, um den sogenannten Boxeraufstand niederzuschlagen. Ein eher düsteres Kapitel deutscher Kolonialgeschichte. Seit Langem gab es Bemühungen, die entsprechenden Straßennamen zu ändern, doch keine Mehrheit im Bezirksparlament.

In der Osi-Zeitung 24 wurde 2022 vorgeschlagen, die Iltisstraße nach der früheren OSI-Studentin und späteren ersten Botschafterin Namibias in Deutschland, Nora Schimming, zu benennen. Sie wäre die erste Frau nach Königin Luise, der eine Straße in Dahlem gewidmet würde. Und die erste Studentin obendrein. Der Vorschlag wurde von zahlreichen Menschen aus FU, Wissenschaftsszene, Diplomatie, Kultur etc. unterstützt, darunter FU-Präsident Ziegler und drei seiner Vorgänger (Osi-Zeitung 25).

Im Kulturausschuss des Bezirks erhielt der Antrag von Rot-Grün auf Umbenennung aller drei Straßen im Herbst eine Zufallsmehrheit, doch im Plenum der Bezirksverordneten drohte



Mobil auch ohne Kanonenboot: Im Dezember wurde in der Iltisstraße ein Jelbi-Haltepunkt für Mietmobilität eröffnet

der Vorschlag durch eine informelle Kanonenboot-Koalition von AfD, CDU und FDP kurz vor Weihnachten versenkt zu werden. Dazu kam es nicht. Die Beschlussfassung wurde ins neue Jahr vertagt. Das brachte Zeit für neue Gespräche, auch innerhalb der Zählgemeinschaft von FDP, Grünen und SPD.

Ohnehin hatten die Initiatoren – anders als Rot-Grün – immer vorgeschlagen, den Namen der Takustraße zu belassen, um die Spuren der Kolonialzeit nicht zu verwischen. Umgekehrt hatte die FDP mitgeteilt, dass sie eine Straßenbenennung nach Nora Schimming anderswo im Bezirk unterstützen würde.

Derzeit wird also nach einer Lösung im Konsens gesucht. Ob die CDU mitmacht, ist ungewiss: Der Kreisvorsitzende Stephan Standfuss hatte eine Tochter von Schimming, derzeit Richterin am Obersten Gericht in Namibia, im Sommer zum Gespräch im Abgeordnetenhaus empfangen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende in der BVV war zuletzt an einem Gespräch zur Konsenssuche nicht interessiert.

# Fall School: Vom Hörsaal ins politische Berlin

Berufsfeldorientierung zwischen Auswärtigem Amt und Bundespressekonferenz

VON SASKIA BOLLER



© Christian von Polentz

Besuch im Bundestag: intensiver Austausch mit drei Abgeordneten der Ampel

Und was willst Du mal beruflich machen? Während des Studiums taucht unweigerlich diese Frage auf. Es eröffnen sich zahlreiche Möglichkeiten für den eigenen Berufsweg, die aber auch Entscheidungsschwierigkeiten mit sich bringen können. Die Fall-School des OSI-Clubs dient als Orientierungshilfe, um Studierende bei der Entscheidung über berufliche Perspektiven zu unterstützen.

In der ersten Oktoberwoche hatte ich die Gelegenheit, diese mitezuerleben. Unter dem Motto »Vom Hörsaal ins politische Berlin« erhielten 25 Teilnehmer:innen in einem fünftägigen Programm Einblicke in die politische und journalistische Praxis. Damit bietet die Fall-School eine gute Auswahlmöglichkeit für unentschlossene Politikstudierende.



© Christian von Polentz

Ein Höhepunkt war das Gespräch mit Lorenz Strittmatter im Auswärtigen Amt

### Das Programm der Fall-School

Die Fall-School war eine erfrischende Abwechslung zu den eher theoretischen Lehrveranstaltungen. Hier stand der direkte Austausch im Vordergrund. In spannenden Gesprächen mit Politiker:innen, Medienvertreter:innen, Interessenvertreter:innen oder auch Wissenschaftler:innen haben wir eine Vorstellung vom jeweiligen Berufsfeld bekommen und konnten direkt Fragen stellen. Die Gespräche erstreckten sich von der politischen Arbeit im Bundestag über Diplomatie bis hin zum medizinischen Versorgungsmanagement. Mit drei Bundestagsabgeordneten aus den Ampelparteien haben wir uns über aktuelle politische Entwicklungen und Herausforderungen ausgetauscht, während uns im Anschluss wissenschaftliche Mitarbeiter:innen tiefer in die parlamentarische Arbeit einführten. Mit der Direktorin des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes, Melanie Kanzler, wurden Themen

wie Gesundheitspolitik und Interessensvertretung beleuchtet. Eine Volontärin bei der Augsburger Allgemeinen Zeitung berichtete von ihrem Einstieg in den Journalismus, während uns Tobias Kahler, Leiter der Deutschlandarbeit der Bill & Melinda Gates Stiftung, über deren Tätigkeit informierte.

Höhepunkt war der Besuch im Auswärtigen Amt: Im persönlichen Gespräch erzählte uns ein Diplomat von seinem Arbeitsalltag, unterschiedlichen Einsatzorten aufgrund von regelmäßiger Rotation der Beschäftigten und den Herausforderungen, die diese Wechsel mit sich bringen. Da einige Kommiliton:innen eine Karriere im Auswärtigen Amt anstreben, wurden besonders viele Fragen zum Werdegang eines Diplomaten gestellt.

Beim Besuch im ARD-Hauptstadtstudio erzählte Martin Ganslmeier, wie er vom Saarländischen Rundfunk über verschiedene Stationen zum Auslandskorrespondenten in

Washington und schließlich zum Leiter der Radio-Gemeinschaftsredaktion aufgestiegen ist. Wir sprachen mit ihm über die Kritik, aber auch über die Notwendigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Beim Gespräch im Haus der Bundespressekonferenz interessierte uns vor allem, wie man Politiker:innen eine gute Frage stellt, um eine möglichst konkrete Antwort zu erhalten. Die Präzision der Fragestellung sei dabei besonders wichtig. Im Anschluss an diesen Programmpunkt blieb noch Zeit für Fotos vor der bekannten blauen Wand im Saal der Bundespressekonferenz.

Ganz andere Akzente setzte der Workshop zum Public Speaking unter der Leitung von Susanne Wieseler, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes für Medientraining. Es wurden nicht nur die Feinheiten von Haltung, Sprache, Gestik und Mimik behandelt, sondern auch deren Wirkung anhand von Reden von Politiker:innen verdeutlicht. Diese Tipps sind auch für Vorträge an der Uni sehr nützlich.

### **Journalistisches Arbeiten**

In der Schreibwerkstatt lernten wir die unterschiedlichen journalistischen Textsorten sowie deren Merkmale, indem wir aktuelle



© Christian von Polentz

Tim Szent-Iványi berichtet aus der Arbeit der Bundespressekonferenz

Zeitungsartikel analysierten. Dadurch haben wir die Möglichkeit bekommen, die Grundlagen des journalistischen Handwerks zu erlernen. Anschließend durften wir unsere neu erworbenen Fähigkeiten unter Beweis stellen. Jede:r von uns verfasste einen Artikel über einen Programmpunkt der Fall-School. Zusätzlich haben wir die Programmpunkte über Social Media begleitet, um das schnelle Nachrichtenschreiben zu üben.

Auch in diesem Jahr wird es wieder eine Fall-School geben. Die Planungen dafür beginnen voraussichtlich im März.



# NURINISA UND KUTLUHAN KAGITLI

# Die dritte Mensa: Der OSI-Imbiss von Nurinisa und Kutluhan

VON TERESA BECHER

Nurinisa Kagitli und ich treffen uns für das Interview an einem warmen Sommertag im Juni. Zusammen mit ihrem Mann Kutluhan betreibt sie den OSI-Imbiss an der Ihnstraße 21. Das Gespräch führe ich mit Nurinisa, da sie mir auf Deutsch ihre gemeinsame Geschichte besser erzählen kann. Sie hat sich den Tag für die Kinderbetreuung freigenommen und so Zeit für ein kurzes Gespräch. Kutluhan geht unterdessen mit der Tochter Eis essen, sodass wir immer wieder kleine Pausen machen, wenn Nurinisa Kunden bedient.

## Eine kurze Geschichte vieler Kaffees

Nurinisa erzählt von der Gründungsgeschichte des Standes: »Der Imbiss wurde vor 30 Jahren gegründet, von Studenten, für Studenten.« Damals hatte er noch einen anderen Anstrich als heute, aber die Idee, für OSI-Studierende einen nahegelegenen Ort zum Kauf und Verzehr von Snacks und Kaffee zu kreieren, war dieselbe. Stolze 27 Jahre lang hat dann die Familie Akin den Imbiss betrieben – bis Kutluhan den Wagen bei einem Spaziergang zufällig entdeckte. Er sei mit den Besitzern ins Gespräch gekommen und habe erfahren, dass das Ehepaar Akin den Wagen aus Altersgründen abgeben wollte. Da Nurinisas Eltern den Dönerladen am U-Bahnhof Dahlem Dorf betreiben, war die Idee, den Imbiss zu übernehmen, naheliegend. »Es ist immer lustig, wenn Studenten mich vom Imbiss wiedererkennen«, erzählt sie.

Die beiden schätzen die Geschichte des OSI-Imbisses. Deswegen sind sie derzeit auf der Suche nach Graffiti-Künstlern, die Interesse haben, den Imbiss wieder in seinem alten Anstrich aufleben zu lassen.

## Schwierige Anfänge

Nurinisa und Kutluhan haben den Imbiss im Januar 2020 übernommen, also kurz vor dem ersten Lockdown. In den ersten Monaten sei es ganz gut gelaufen. Das habe ihnen in der Corona-Zeit Kraft gegeben, berichtet Nurinisa. Einfach sei es trotzdem nicht gewesen. Ursprünglich wollten Nurinisa und Kutluhan den Imbiss gemeinsam betreiben, aber wegen der Corona-Pandemie habe sie sich doch einen anderen Job gesucht. Deswegen begegnen wir vor allem Kutluhan hinter dem Tresen. Die Corona-Zeit hätten sie dank der Mitarbeiter und Anwohner überlebt, die noch vor Ort waren. Ein besonderer Dank geht an ihre Stammkunden Jan und Alan, die während der Pandemie fast täglich vor Ort waren. Die meisten Kunden sind vom OSI, also Studenten und Dozenten, aber es kommen auch viele Mitarbeiter der Max-Planck-Institute oder Anwohner. Das meistverkaufte Produkt ist übrigens Kaffee.



© Christian Walther

Kutluhan in seinem Imbiss

### Von Freundschaften und Abschieden

Nurinisa ist ein sehr herzlicher Mensch. Trotz der Inflation haben sie lange damit gehadert, die Verkaufspreise anzuheben: »Wir wissen, wie das Leben als Student ist.« Trotzdem legen die beiden Wert auf frische Produkte und gäben sich in der Herstellung viel Mühe. Mit der Zeit sind einige Freundschaften entstanden, beispielsweise mit ehemaligen OSI-Dozierenden oder auch Passanten. Außerdem freut sich Nurinisa sehr darüber, dass der Imbiss für neue Studierende mit in die Vorstellungstour aufgenommen wurde: »Wir werden ja wirklich als dritte Mensa gesehen. Das berührt mich sehr.« Dass sich auch Absolventen bei den beiden verabschieden, zeigt, wie sehr der Imbiss Teil des OSIs ist.

Nurinisas positive Einstellung ist beeindruckend. Trotz hoher Belastung durch ihren Job und die Herausforderungen der Selbstständigkeit wirkt sie optimistisch. Sie lässt sich nicht unterkriegen, sondern versucht, das Beste aus allem zu machen. So freut sie sich zum Beispiel über die Genehmigung, durch das Aufstellen von Stühlen und Tischen den Imbiss ein wenig gemütlicher machen. Dann muss Nurinisa los, um die Älteste von der Schule abzuholen. Den neuen Kichererbsen-Salat, den ich am Ende gegessen habe, kann ich übrigens sehr empfehlen. Besonders mit einem Spritzer Zitrone!





**HANNELORE HORN**

# Annäherung an Hannelore Horn – ein Nachruf

VON MATHILDA VON RENESSE

Das Konzept schien simpel und vielversprechend: Das jüngste Redaktionsmitglied der Osi-Zeitung – ich (17) – schreibt ein Porträt über die älteste Ex-Professorin des OSI, Hannelore Horn (93). Ich sagte zu und begann die Recherche im Internet, das in Horns Berufsleben noch keine große Rolle gespielt hatte. Viel zu finden war da nicht. Allerdings hatte mich die Redaktion sowohl mit den Kontaktdaten eines Betreuers der alten Dame ausgestattet, als auch mit jenen der emeritierten Professoren Gerhard Göhler und Gesine Schwan, Weggefährten aus Horns Unizeit. Beide habe ich sofort kontaktiert. Der Plan war, erst einmal die Basisinformationen zu sammeln und mich im Umfeld umzuhören, um dann ein gut vorbereitetes Interview mit Horn zu führen.

Doch dann erreichte uns die Nachricht vom Tod Hannelore Horns – gestorben am 18. Oktober. Genauer: Es gab Traueranzeigen, eine am 26. November von einem Dr. Hans Horn, ihrem Schwager, eine weitere am 3. Dezember, unterzeichnet von einem Kreis früherer Horn-Studenten und -Doktoranden, darunter Ex-Schulsenator Böger, Gesine Schwan und ihre Kollegen Jäckel, Jänicke, Göhler, Rytlewsky, Steinbach und Heinrich-August Winkler; der ehemalige Bürgermeister von Wedding, Jörg-Otto Spiller war dabei und auch der frühere Arbeitsdirektor bei Vattenfall, Hermann Borghorst.

So wich meine anfängliche Neugier zunächst einer gewissen Betroffenheit und Zurückhaltung. Dass mit der Konzeptänderung – jetzt sollte ich einen Nachruf schreiben – die eigentliche Arbeit erst beginnen würde, war mir noch nicht klar.

Das FU-Archiv in Lankwitz schien mir dann der nächste logische Schritt. Doch der erwies sich erst einmal als Fehltritt, denn am Telefon erklärte man mir, dass ich für die Akteneinsicht die Zustimmung eines Angehörigen brauche – Datenschutz! Ich erinnerte mich, dass eine der beiden Todesanzeigen von »Dr. Hans Horn« unterschrieben war, aber genau diesen in der Masse gleichen Namens im Internet zu finden, erwies sich als unmöglich. Ich rief bei allen möglichen Dienststellen an, nur um am Ende zur Einsicht zu gelangen, dass der Besuch der Trauerfeier – in der Anzeige angekündigt für den 12. Dezember in Dahlem-Dorf – unausweichlich war.

Diese Entscheidung fiel mir nicht leicht. Ich wollte nicht unsensibel und aufdringlich wirken. Zunächst etwas beklommen stellte ich mich leise in die letzte Reihe und hörte August Pradetto zu, einem ehemaligen Assistenten und Freund Horns. Seine Erzählungen boten mir erstmals umfassendere Einblicke in das Leben Hannelore Horns.

Jetzt ging alles ganz schnell. Dr. Hans Horn war da, ihr Schwager, der mir die Genehmigung für die Akteneinsicht gab. Ich vereinbarte einen Termin im Archiv, lieh mir weitere Bücher mit Informationen über Horn aus und stürzte mich vollends in die Recherche: Annäherungen an Hannelore Horn.

### Jugend und Jazzclub

Geboren wurde sie am 19. November 1929 als Tochter des Landwirts Friedrich Wille und seiner Frau Charlotte im Dorf Wulkau, acht Kilometer südlich von Havelberg. Ihr Bruder kam in den letzten Kriegstagen um, die ältere Schwester sollte den Hof übernehmen. In Hannelore wuchs der Wunsch heran, es ihrem Vater gleich zu tun und Veterinärmedizin zu studieren. Dabei hatte sie auch die vielen mittellosen Soldatenwitwen vor Augen, die täglich die härtesten Arbeiten verrichten mussten, um sich und ihre Kinder durchzubringen. In so eine Lage wollte sie nie kommen.

Früh bekam sie auch einen Blick für die politischen Verhältnisse in Ostdeutschland: Schon die bloße Ankündigung in der Schule, man wolle einen Jazzclub gründen, brachten ihr ein Verhör durch die russische Geheimpolizei ein.

### Jahrzehnte am OSI

Dennoch bewarb sie sich 1949 an den Unis in Halle und (Ost-) Berlin um einen Studienplatz in Tiermedizin. Zwei Absagen folgten, vermutlich, weil Horns Vater in der entstehenden DDR als Großbauer und damit als Klassenfeind galt. Horn machte erstmal ein Praktikum bei einer Landwirtschaftsbank in Havelberg, entschied sich dann aber 1950, nach Berlin zu ziehen, um an der Deutschen Hochschule für Politik zu studieren.

In ihren unveröffentlichten Erinnerungen an das Berlin der 50er Jahre schreibt sie zu dieser

Hochschule: »Die Professorenschaft entsprach bei weitem nicht dem herkömmlichen Typus an den Universitäten, da ihnen die Universitätslaufbahn fehlte. Im Allgemeinen hatten sie bürgerliche Berufe ausgeübt, waren als Gegner des Naziregimes ausgewiesen und durch ihre Promotion wissenschaftlich qualifiziert. So habe ich hier nie die Attribute kennengelernt, die später als Ordinarienuniversität verunglimpft wurden.«

Nur kurz hat sie sich 1952 noch einmal für ein Studium der Tiermedizin interessiert, diesmal an der FU. Als jedoch ein Professor sagte, dass ihr als Veterinärmedizinerin nur die Behandlung von Hunden und Katzen vorbehalten bliebe, weil kein Bauer eine Frau als Tiermedizinerin auf seinen Hof ließe, war das Kapitel für sie erledigt.

Geheiratet hat sie 1956 einen Jurastudenten, Christian Horn. Ansonsten aber blieb sie den Politikwissenschaften treu. Sie absolvierte zunächst noch ein Ergänzungsstudium am Osteuropa-Institut und markierte damit gewissermaßen das Terrain ihrer Expertise: Wirtschaft, Recht, Geschichte und Politik der Sowjetunion. Dadurch motiviert begann Horn Russisch zu lernen. Nachdem sie 1958 mit einer Arbeit zum Bau des Mittellandkanals in Preußen promoviert wurde, bewarb sie sich erfolgreich als Assistentin am OSI und hielt 1960 ihre ersten Vorlesungen über die Sowjetunion – als erste Dozentin am OSI.

Mit dem Hochschulgesetz von 1969 wurden die Akademischen Räte in der Lehre abgeschafft und die Stelleninhaber in neue Dienstverhältnisse überführt: Ab 1971 war Horn Professorin. Während der 68er-Bewegung – einer der prägendsten Zeiten des OSI – stand Horn selten mitten im Geschehen. »Am OSI waren die 68er eine Auseinandersetzung zwischen den Reformern und den Linken. Frau Horn, als eine deutlich Konservativere, stand praktisch außerhalb.



© Inge Kundel-Saro/FU-Archiv

Hannelore Horn, hier mit ihrem Kollegen Gerhard Huber 1987 im Club-Haus der FU

Ich habe sie nie in irgendwelchen politischen Kämpfen direkt erlebt«, erinnert sich Gerhard Göhler. Ähnlich sieht es Gesine Schwan: »Wir gehörten in der weiteren Auseinandersetzung zusammen, weil wir in der Nach-68-Auseinandersetzung, wo wir auch als rechte, konservative Wissenschaftler bezeichnet und kritisiert worden sind, uns gegen ein Verständnis von marxistischer Wissenschaft gewandt haben«.

Horn publizierte unter anderem zu »Sozialismus in Theorie und Praxis« (1987) und »Berlin als Faktor nationaler und internationaler Politik« (1988). Ihr Artikel »Putins Russland in Europa: Partner, Gegner, Bürde?« von 2005 ist bis heute hochaktuell. In einer sorgsam abwägenden Gesamtbetrachtung kommt sie zu einer eher düsteren Konklusion: »Größte Beunruhigung bereitet in Europa die weithin offenkundige Janusköpfigkeit der russischen

Politik unter Putin, darin insbesondere der Ausbau eines scheindemokratisch-autoritären politischen System vor dem Hintergrund einer offenbar mental mehrheitlich entsprechend verfassten Gesellschaft.«

### **Lebensfroh und bodenständig**

Seit ihrer Pensionierung 1993 verbrachte Hannelore Horn mehr und mehr Zeit mit Freunden, Bekannten und alten Kollegen, die sie als lebensfroh und bodenständig beschreiben. Bis zuletzt lebte sie in ihrem Haus in Dahlem, nicht weit entfernt vom Friedhof, auf dem schon andere Kollegen von ihr liegen und der jetzt auch ihre letzte Ruhestätte ist..

Ich – inzwischen 18 – werde sie dort besuchen, eines Tages.

# Tod hinter dem Eisernen Vorhang

**Sechs Studenten der Deutschen Hochschule für Politik wurden 1951/52 in Moskau hingerichtet**

VON JOCHEN STAADT



© Christian Walther

Die Skulptur »Perspektiven« von Volker Bartsch, 2006 auf dem Campus der FU aufgestellt und den in der Sowjetunion zu Tode gekommenen Studenten gewidmet

Unter dem Betreff »verhaftete FU-Studenten« wandte sich der Direktor der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP), Otto Hermann von der Gablentz, am 23. Februar 1959 an die West-Berliner Anwaltskanzlei Commichau und Michatz. Er bat um Auskunft über das Schicksal von drei vermissten Studenten, darunter den seit 1951 vermissten Günter Beggerow, der bei ihm Internationale Beziehungen studiert hatte.

Zwei Wochen später antwortete Rechtsanwalt Alfred Musiolek, der sich als Vertrauensanwalt für das Gesamtdeutsche Referat des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) und das Bundesministerium für ge-

samtdeutsche Beziehungen um verhaftete und in der DDR vermisste Personen bemühte. Musiolek teilte Gablentz mit, die drei Studenten seien bei ihm als Verurteilte registriert, einer davon am 6. Mai 1955 aus sowjetischer Haft entlassen, ein weiterer verbüße eine Zuchthausstrafe von 14 Jahren in Rummelsburg. Über das Schicksal Beggerows lägen ihm keine Informationen vor.

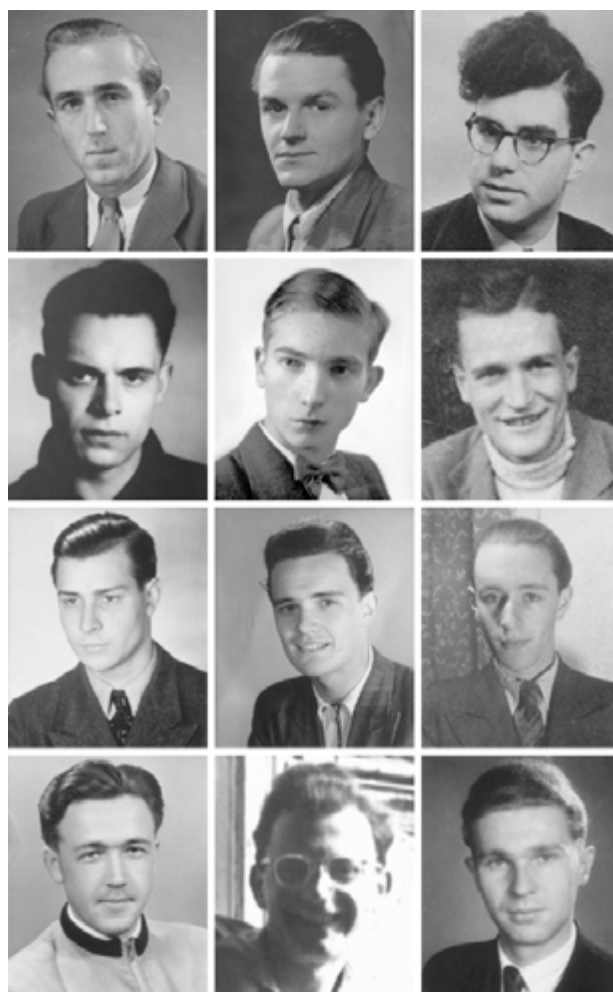
Beggerows Studentenakte ist im Universitätsarchiv der FU überliefert. Nach dem Abitur studiert er zunächst an der Rostocker Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung. Nachdem ihm aus politischen Gründen die Zulassung entzogen wurde, floh er nach

West-Berlin und studierte an der DHfP und Volkswirtschaft an der FU. Er trat der FDP bei. Seine Studienbewerbung enthält den Berufswunsch, einmal »eine leitende Stellung im Wirtschaftsministerium oder in einer ähnlichen Institution« zu bekleiden. In einer Seminararbeit zum Thema »Die Aufgaben einer deutschen Auslandsvertretung« bewertet er die »Wiedereinrichtung von Auslandsvertretungen als Zeichen wachsender Souveränität« der Bundesrepublik. Ihre Auslandsvertretungen seien, um »das Vertrauen der Welt zurückzugewinnen«, über die üblichen Aufgaben von Auslandsvertretungen hinaus berufen, »der Welt gerade jetzt zu beweisen, daß ein neues Deutschland entstanden ist«. In seiner Zwischenprüfungsarbeit vom Mai 1950 -- »Der Einfluß des Kriegsausgangs auf die deutsche Sozialstruktur« -- befasst er sich mit den Auswirkungen des Flüchtlingsstroms aus den Ostgebieten und dem Bevölkerungszuwachs in Schleswig-Holstein.

Mehrere Verwandte Beggerows bemühten sich seit seinem Verschwinden am 18. Oktober 1951 um die Klärung seines Schicksals. Seine in Berlin-Steglitz wohnende Tante suchte den Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen (Ufj) auf und berichtete, ihr Neffe sei zu einer Freundin nach Neubrandenburg gefahren und von dort nicht zurückgekehrt. Sie äußerte den Verdacht, ein Kommilitone aus der DHfP habe ihn bei den Ost-Behörden denunziert, da dieser sich in verdächtiger Weise nach ihm erkundigt habe.

Am 18. Juni 1952 erschien der Vater Erich Beggerow aus der DDR beim Ufj und berichtete, er sei bei der Staatsanwaltschaft in Schwerin vorstellig geworden, um nach seinem Sohn zu fragen. Dort versprach man dem Vater, sich in den DDR-Haftanstalten zu erkundigen, ob sich sein Sohn dort befinde. Eine Auskunft erhielt er jedoch nicht.

Die Eltern wandten sich deswegen an mehrere westdeutsche Einrichtungen, darunter an die Flüchtlingsbetreuungsstelle beim Parteivorstand der SPD, an das Deutsche Rote Kreuz (DRK), an das Evangelische Hilfswerk und wiederholt auch an das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen des VDS. Dort war der spätere SPD-Politiker und Berliner Senator Dietrich Spangenberg für in der DDR vermisste Studenten zuständig. Spangenberg vermutete, Günter Beggerow habe möglicherweise für einen alliierten Geheimdienst gearbeitet. Konkrete Auskünfte konnte er den Eltern jedoch nicht erteilen, nur wisse man von Heimkehrern, dass in Russland noch viele Internierte seien, die zum Teil keine Schreiberlaubnis hätten.



© FU-Archiv

Hingerichtet, erschossen, umgekommen: zwölf Studenten aus Berlin

Der Vater reiste bis 1959 alljährlich nach West-Berlin, um sich bei allen möglichen Dienststellen nach seinem Sohn zu erkundigen. Der Uff legte 1960 eine Karteikarte an, wonach der am 18. Oktober 1951 verhaftete Günter Beggerow nach Auskunft eines Mitangeklagten im Januar 1952 von dem Sowjetischen Militärtribunal (SMT) Schwerin wegen angeblicher Militärspionage zum Tod verurteilt worden sei.

Doch erst durch Recherchen der russischen Bürgerrechtsorganisation Memorial wurde Mitte der 1990er Jahre bekannt, dass dieses Urteil am 28. Mai 1952 im Moskauer Butyrka-Gefängnis vollstreckt worden ist. Beggerow hatte von West-Berlin aus Kontakte zu einer aus Oberschülern bestehenden Oppositionsgruppe in Werder unterhalten. Die Moskauer Militärstaatsanwaltschaft rehabilitierte Beggerow am 1. März 1996 als Opfer politischer Verfolgung.

Sowjetische Militärtribunale verhängten zwischen 1951 und 1953 gegen insgesamt zehn West-Berliner Studenten die Todesstrafe, darunter gegen sechs Hochschüler der DHfP - allesamt vollstreckt in Moskau. Neben Beggerow waren das Günter Malkowski (Jg. 1926, erschossen am 4. Juli 1952), Wolfgang Michel (Jg. 1931, erschossen am 6. August 1952), Aegidius Niemz (Jg. 1929, erschossen am 20 März 1952) Friedrich Prautzsch (Jg. 1929, erschossen am gleichen Tag) und Peter Püschel (Jg. 1927, erschossen am 24 September 1951). Für einen weiteren DHfP-Studenten, Wolf Utecht (Jg. 1929), der vom SMT in Halle zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, setzte sich Otto Suhr vergeblich ein. Utecht wurde wegen Bildung einer Widerstandsgruppe im sibirischen Arbeitslager Osjornoe zum Tod verurteilt und am 16. Februar 1953 in Irkutsk erschossen.

Die SMT-Urteile wurden in geheimen Schnellverfahren von 10 bis 15 Minuten wegen Spionage oder Untergrundarbeit verhängt, rechtlicher Beistand für die Angeklagten war nicht zugelassen. In mehreren Urteilen war von dem »verbrecherischen Charakter der Westberliner Hochschule für Politik« die Rede, von der aus Spionageverbindungen in die DDR hergestellt worden seien.

Die Moskauer Militärstaatsanwaltschaft rehabilitierte zwischen 1995 und 1999 die hingerichteten Studenten der FU und der DHfP mit Ausnahme Günter Malkowskis als Opfer politischer Verfolgung. Malkowskis Rehabilitation erfolgte nicht, da er für einen alliierten Geheimdienst spioniert habe.



© FU-Archiv

Udo Gielen: »Kreislaufversagen«  
im Gefängnis Waldheim/DDR

Gefährlich für die Studenten war damals nicht nur Fahrten in die DDR. Der Spandauer DHfP-Student Udo Gielen (Jg.1921) verschwand am 5. März 1951 spurlos auf dem Weg von Bonn nach West-Berlin. Gielen gehörte seit ihrer Gründung 1948 der FDP an. Er arbeitete bei dem zur Partei gehörenden Zeitungsverlag »Montagsecho«. Seit dem Sommersemester 1949 studierte er an der DHfP. Seinen Lebensunterhalt verdiente er sich nebenbei im Sozialamt des Bezirksamtes Spandau. Er vertrat die Jungdemokraten im Landesvorstand der FDP und gehörte dem »Reichsvorstand« der Jungdemokraten an.

Am 2. März 1951 reiste er zu dessen Sitzung nach Bonn. Auf der Rückfahrt wurde er am 5. März beim Halt des Interzonenzuges am Grenzbahnhof Marienborn aus dem Zug geholt. Der von Staatssekretär Erich Mielke unterzeichnete Haftbeschluss des DDR-Staatssicherheitsdienstes begründete die Verhaftung

mit »dem dringenden Verdacht, als 1. Vorsitzender der ›Jungdemokraten‹ (Landesverband Berlin) Spionage betrieben zu haben«. Schreiben der Jungdemokraten an den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, und Anfragen seiner Schwester blieben unbeantwortet. Am 4. Oktober 1951 ist Udo Gielen angeblich an Kreislaufversagen in der sächsischen Haftanstalt Waldheim gestorben.



© Frank Roesner

Verwandte der Opfer vor der Enthüllung der Skulptur »Perspektiven« - mit FU-Vizepräsident Werner Väth (3. v. l.) und dem Autor (rechts).



# Namen und Nachrichten

VON LEA MURRU

© Christian Tuschhoff



Trauerfeier für Haftendorn

## Helga Haftendorn gestorben

Wenige Wochen nach ihrem letzten Interview – einem Gespräch mit der OSI-Zeitung – und kurz nach ihrem 90. Geburtstag starb Helga Haftendorn am 6. November in ihrer Wohnung in Dahlem. Auf diese Nachricht via @osi\_zeitung gab es zahlreiche Reaktionen: Claudia Major nannte sie eine »grande dame«, Constanze Stelzenmüller eine »Koryphäe, aber sehr großzügig zu jüngeren Forscher:innen«; Carlo Masala reagierte und auch Christoph Marksches von der Akademie der Wissenschaften.

Haftendorn war eine prägende Stimme auf dem Gebiet der Internationalen Beziehungen, Außen- und Sicherheitspolitik. In schwierige politische Verhältnisse hineingeboren, bewies sie bereits früh große Klugheit und – wie es in einem Nachruf hieß – »Finesse« und verfolgte unbeirrt eine akademische Karriere. 1978 wechselte sie von der Universität der Bundeswehr in Hamburg ans OSI, an dem sie bis zur

Pensionierung tätig war. Sie war auch Gastdozentin an der Georgetown University, in Stanford und am European University Institute in Florenz. Eine Trauerfeier fand im Dezember im Harnack-Haus statt; eine akademische Gedenkveranstaltung ist in Planung. Das Grab wird auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf zu finden sein. Eine Dokumentation von Trauerfeier und Nachrufen – darunter auch vom früheren, inzwischen selbst gestorbenen US-Botschafter John Kornblum – findet sich hier [box.fu-berlin.de/s/KqbGQ7mKZXw7mkR](https://box.fu-berlin.de/s/KqbGQ7mKZXw7mkR).

## Nachfolge Risse geklärt: Diana Panke übernimmt IB-Professur

(CWth) Berlin ist ihr nicht unvertraut: Diana Panke. Nach dem Studium in Mannheim war sie am OSI wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Arbeitsstelle für Europäische Integration. Tanja Börzel und Thomas Risse gehörten zu ihrer Promotionskommission. Ihr Thema: »Talking States into Compliance? Domestic Change in the Shadow of the European Court of Justice«. 2007 ging es gleich auf eine Stelle nach Dublin, 2012 dann nach Freiburg auf eine W3-Professur mit Schwerpunkt Governance in Mehrebenensystemen. Letztes Jahr kam der Ruf ans OSI mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen. Panke legt am 1. April los.

## Dorothea Gädeke kommt als Prof'in für theoretische und rechtliche Grundlagen

(CWth) Dorothea Gädeke hat am OSI 2008 ihr Diplom gemacht und außerdem in Philosophie und Internationalem Recht abgeschlossen. Es folgten die Dissertation in Frankfurt und Stationen als Dozentin in Darmstadt, Frankfurt und zuletzt – als Assistenzprofessorin – an der Uni Utrecht. Weitere Stationen waren Forschungsaufenthalte in Princeton und Johannesburg.

Gädeke forscht zu Macht, Ungerechtigkeit und Demokratie. 2017 erschien ihr Buch Politik der Beherrschung. Eine kritische Theorie externer Demokratieförderung«.

Om OSI reizen sie "insbesondere der starke und vielfältige Forschungskontext sowie die engagierten Studierenden." Am 1. August gehts los: »Ich freue mich darauf, hier die politische Theorie zu stärken, in ihrer Breite, in ihrer spezifischen Verknüpfung zur Rechts- und Verfassungstheorie und in ihrer globalen Vernetzung.« Gädeke ist Nachfolgerin von Christian Volk.

### **Habemus Verwaltungsleiterin**

(CWth) Seit September ist Anne Kadolph Verwaltungsleiterin des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften und zugleich der mit dem OSI verbundenen Zentralinstitute für Osteuropa (OEI), Lateinamerika (LAI) und Nordamerika (John-F.-Kennedy-Institut).

Die in Waren an der Müritz geborene Diplom-Verwaltungswirtin (FH des Landes Mecklenburg-Vorpommern) und Diplom-Politologin (Uni Leipzig) war schon während des Studiums in Estland, Weißrussland und Kanada. Nach mehreren Berufsjahren an der TU Dresden wurde sie 2018 Verwaltungsleiterin des Deutschen Historischen Instituts in Washington, wo sie auch zuständig war für dessen Filiale in Berkeley. Im September hat sie in der Ihnestraße angefangen.



© privat

Ihre Vorgängerin, Andrea Güttner, ist schon länger mit der Wahrnehmung der Amtsgeschäfte der Kanzlerin der FU betraut, da der eigentlichen Stelleninhaberin, Andrea Bör, die Führung der Amtsgeschäfte untersagt worden ist – ein Schritt, der inzwischen von zwei Instanzen gerichtlich bestätigt wurde. Bör hatte, wie der Tagesspiegel im Herbst schrieb, »an allen Unigremien vorbei und entgegen der rechtlichen Kompetenzzuordnung eine Personalagentur damit beauftragt, Bewerber für das Amt des Präsidenten zu finden.« Bör dürfte die derzeit teuerste Spaziergängerin der FU sein.



© Christian Walther

Neue Sessel in der Ihne 21

### **Schöner Lesen mit Sesseln und Stehpulten**

In der 25. Ausgabe der OSI-Zeitung hatte sie es bereits angedeutet: Die neue Leiterin der OSI-Bibliothek, Verena Paetow, modernisiert die Räumlichkeiten und richtet sie stärker auf den Gruppenaustausch aus. Nach längerer Umbauzeit wurde aus dem ehemaligen Zeitschriftenlesesaal ein moderner Lernraum – mit neuen Sitzgelegenheiten wie Sesseln und Sofas sowie Stehpulten für gesünderes Arbeiten.

## The blame game: Studie zu Parteien und Föderalismus während COVID-19

In ihrer Studie »Attributing blame: how political parties in Germany leverage cooperative federalism« untersuchen Antonios Sourios, Sabine Kropp und Christoph Nguyen, wie deutsche Parteien den Föderalismus während der COVID-Krise nutzten, um anderen Akteuren die Schuld in die Schuhe zu schieben. Um diese Strategien der Schuldzuweisung zu untersuchen, wurden 2067 Aussagen aus Parlamentsdebatten manuell kodiert und zwischen »härteren« und »weicheren« Schuldzuweisungen unterschieden. Die Ergebnisse zeigen, dass insbesondere Parteien in Koalitionsregierungen »weichere« Formen der Schuldzuweisung nutzen, indem sie Verantwortung auf andere Akteure abwälzen.

## Kein Kaffee und Kuchen in der Ihnestraße 21

Der Backshop im Dachgeschoss der Ihnestraße 21 – früher mal reguläre Cafeteria – bleibt geschlossen. Das Studierendenwerk, das den Shop gepachtet hatte, hat sich zurückgezogen – aus finanziellen Gründen. Eine Neueröffnung mit neuem Pächter erscheint unwahrscheinlich, da der Backshop durch die langen vorlesungsfreien Zeiten kaum Gewinn erwirtschaftet.



© Christian Walther

Schon lange geschlossen: Rotes Café im Schnee

## Stillstand beim Roten Café

Jeder Studierende des OSI kennt das Rote Café in der Harnackstraße 1, einst Kleintierstall des Kaiser-Wilhelm-Instituts. Seit Jahren ist das Häuschen geschlossen und das Café in einen Kellerraum in der Ihnestraße 22 ausgewichen. Auch nach Jahren der Schließung gibt es noch keine konkreten Pläne für eine Sanierung und Wiedereröffnung. Aufgrund personeller Engpässe in der Technischen Abteilung der FU wird das Projekt derzeit nicht vorangetrieben. So wird das Rote Café wohl noch einige Zeit nicht in sein ursprüngliches Gebäude zurückkehren.

## KURZPROFILE: Neue Gesichter am OSI



© Lena Masch

### Masch

Seit April ist **Lena Masch** Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Einstein Research Unit »Climate and Water under Change«, der Arbeitsstelle Politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland. Vorher war sie WiMi am Institut für Psychologie der HU sowie am Institut für Politikwissenschaft der Uni Trier.



© privat

### Sabbi

**Matthew Sabbi** ist neuer WiMi bei Prof. Anja Osei am Arbeitsbereich für Vergleichende Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt »Politik und Gesellschaft in Afrika«. Sabbi studierte Soziologie und Wirtschaft, bevor er in Bayreuth zu den Defiziten der Partizipation in Ghana promovierte. Danach arbeitete er als WiMi sowohl in Bayreuth als auch an der Uni Ghana.



© privat

### Silva

**Bruno Castanho Silva** hat seit April die Juniorprofessur für Methoden der empirischen Sozialforschung inne. Silva studierte Internationale Beziehungen in Brasilien und Estland, bevor er an der CEU in Budapest zu Akteuren, Ursachen und Folgen des modernen Populismus promovierte. Heute lehrt er je zur Hälfte am OSI und am Institut für Soziologie. Er tritt in die Fußstapfen von Dieter Ohr.



© privat

### Yachkaschi

Seit September ist **Ramina Yachkaschi** WiMi und Doktorandin bei Prof. Cilja Harders. Derzeit forscht sie zu Migration und Räumen der Unterdrückung an der Arbeitsstelle für Politik im Maghreb, Mashreq und Golf. Ihr Masterstudium in Politik und Wirtschaft des Nahen und Mittleren Ostens absolvierte sie in Marburg.



© privat

Schmelzle

**Cord Schmelzle** ist Gastprofessor im Arbeitsbereich Politik und Recht. Er forschte bereits an der Columbia University in New York und promovierte 2012 über »Politische Legitimität und verfallene Staatlichkeit« an der FU. Zusätzlich ist Schmelzle Senior Researcher am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt der Goethe-Universität Frankfurt. Seine Gastprofessur endet am 31. März.



© privat

Novotna

**Tereza Novotna** ist derzeit Gastdozentin und vertritt die Stelle von Andreas Hofmann nach dessen Weggang an die Universität Leiden. Sie promovierte an der Uni Boston zu den politischen Veränderungen in Europa nach der Wiedervereinigung und der EU-Osterweiterung. Im Rahmen des »EUSKOR« - Projektes der FU forschte sie zur EU-Außenpolitik gegenüber Nordkorea und Nordostasien. Zudem ist sie Senior Associate Research Fellow am EUROPEUM – einem Think-Tank, der zu Europäischer Integration forschet. Zuletzt dozierte sie an der Korea Foundation am EU Center der Seoul National University.



© privat

Schlag

**Gabi Schlag** ist Gastprofessorin an der Arbeitsstelle für Transnationale Beziehungen, Außen- und Sicherheitspolitik. Seit 2019 ist sie akademische Rätin an der Uni Tübingen. Sie promovierte an der Uni Frankfurt zu »Außenpolitik als Kultur - Diskurse und Praktiken Europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik«. Schlag doziert bis zum 31. September am OSI.

# OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO SUHR INSTITUT

## WIR SIND

das unabhängige und meinungsoffene Magazin am Otto-Suhr-Institut für an Politik, Politikwissenschaften und am OSI Interessierte.

## WIR WOLLEN

ein Forum sein, in dem ehemalige und aktuelle OSler und OSlerinnen sich äußern, vernetzen und publizistisch ausleben können.

## WIR BIETEN

Studierenden, Beschäftigten sowie Alumni des OSIs die Möglichkeit zu ehrenamtlicher Mitarbeit.

## WIR SUCHEN

Verstärkung in allen Arbeitsbereichen der OSI-Zeitung von der Redaktion über Gestaltung bis zum Vertrieb.

# Was trägt das OSI?

## Stimmen aus der Ihnstraße zu Menschen und Moden

VON JILLIAN MIRA PAPPERT

Wenn ich von der U-Bahn-Station Freie Universität Richtung OSI laufe, spiele ich ein kleines Spiel mit mir selbst: welche der Personen um mich herum ist auch vom OSI? Dafür habe ich eine kleine Checkliste: trägt die Person auch eine Lederjacke? Hat sie eine Tote Bag/ Tragetasche, vielleicht sogar eine von einem Protest oder einer NGO? Und vielleicht am wichtigsten: trägt sie die Schuhe der Kultmarke Dr. Martens? Das sind natürlich alles nur Vorurteile, die mir in den Sinn kamen.

Schließlich kann Fashion als Mittel verwendet werden, um sich als eine Gruppe zu markieren. Um herauszufinden, ob das auch für die Studierenden vom OSI stimmt und ob unser Politikwissenschafts-Studium bedeutet, dass auch unsere Styles politisch sind, habe ich ein paar Studierende interviewt. Dass vielen Fashion prinzipiell egal ist, ist klar. Hier also ein paar ausgewählte Studierende, die sich bereit erklärt haben, mit mir über ihren Kleidungsstil und Fashion zu reden.

Die erste ist Mina (21). Sie studiert Sozial- und Kulturanthropologie und Politikwissenschaft und beschreibt ihren Style als »Verkleidungsparty« mit ganz verschiedenen Kleidungsstilen. Sie sagt, dass sie sich gesellschaftlichen Normen wie dem »Male Gaze« durch ihre Kleidung entziehen möchte. Der Begriff »Male Gaze« stammt ursprünglich aus der feministischen Filmtheorie und beschreibt Medien, die ihre weiblichen Charaktere zugunsten der männlichen Zuschauer sexualisieren. Mittlerweile wird dieser Begriff jedoch auch auf das nicht-fiktive Leben bezogen.



© Aimee Kobow

Mina (21) im Alltagsoutfit

Stattdessen würde Mina gerne Elemente von »queerer Fashion« in ihren Style mit einbringen. Natürlich ist »queere Fashion« kein homogener Style, das weiß auch Mina. Sie verbindet damit eher eine Darstellung von Lebensfreude und das versucht sie in ihren Style mit einzu bringen.

Elli (22) studiert Politik und Theaterwissenschaften. Sowohl Elli als auch PoWi-Student:in Quinn (24) möchten durch ihre Fashion die eigene Queerness darstellen. Für Quinn ist Fashion stark mit subkulturellen Elementen verbunden, weshalb Quinn den eigenen Style als »Lesbian Skaterboy« bezeichnen würde. Damit beschreibt Quinn eine Kleidungsart in der queeren Szene, der einen Skate-Aspekt besitzt, durch baggy bzw. lockere Kleidung. Elli beschreibt den eigenen Style als nichtbinär, manchmal formell und manchmal hyperfemme. Das ist ein Begriff in der queeren Szene, um



Mina (21) mit selbstgestricktem Pulli und Lieblingsrock

einen sehr überspizten »weiblichen« Style zu beschreiben, der mit queeren Personen konnotiert wird.

Fashion hat also bei Mina, Quinn und Elli eine bestimmte Aufgabe: sie verstärkt einen Teil Ihrer Persönlichkeit, in diesen Fällen ihre Queerness. Für Quinn kann die eigene Kleidung sogar genutzt werden, um die eigene Gender-Identität darzustellen. Das geschieht zum Beispiel durch sogenannte »Binder«. Das sind kurze Tops, die die Brüste stärker gegen die Brust drücken und dadurch weniger präsent machen. Quinn nutzt Binder sehr regelmäßig und könnte sich aktuell ein Leben ohne sie nicht vorstellen.

Julian (22) ist im 7. Semester am OSI und beschreibt seinen Style »einfach als Klamotten«, in denen er sich wohlfühlt. Er definiert seinen Style als einen Mix aus politisch und unpolitisch, da für ihn im Vordergrund steht, dass ihm die Kleidung gefällt. Gleichzeitig lebt Julian in einer politischen Sphäre, durch die auch seine Kleidung politisch sei.

Auch Lisbeth (20), die Geschichte und Politik studiert, trägt ihre Kleidung teilweise aus politischen Gründen. Denn sie trägt gerne und oft

kurze Kleidung: für sich selbst und nicht, um Männern zu gefallen. Auch hier ist wieder eine Verbindung zum »Male Gaze« zu finden. Für Mina ist die Outfitwahl auch ein möglicher Ausdruck von weiblicher Selbstbestimmung. Sie räumt aber auch ein, dass sie sich selten komplett so kleidet, wie sie es gerne hätte. Denn manchmal möchte sie sich vor den Bemerkungen und Blicken der Öffentlichkeit schützen.

Dieses Abwägen zwischen dem Ausleben des eigenen Styles und der Sicherheit ist ein Thema, das sich durch nahezu alle Interviews zieht. Die meisten Interviewten kleiden sich unter dem Einfluss der gesellschaftlichen Konventionen oft anders, als sie eigentlich wollen. Das umfasst kurze Röcke und die Angst, sexuell belästigt zu werden. Ebenso sehen viele die Gefahr, verbal oder körperlich verletzt zu werden wenn sie ein Outfit tragen, das vielleicht mehr »queer« wirkt. Die Auswahl des Outfits ist also plötzlich nicht mehr eine persönliche Entscheidung, sondern eine Abwägung: Möchte



Lisbeth (20) vor dem Henry Ford Bau



ich mich sicher oder gut fühlen? Möchte ich Fashion als eine Art »Schutzschild« nutzen oder möchte ich meinen Style frei entfalten mit dem Risiko, zur Zielscheibe zu werden?

Henrieke (26) nutzt Kleidung manchmal auch als Schutzschild. Durch ihre Outfits könne sie sich schön und besonders eindrucksvoll fühlen oder sich auch verstecken. Je nachdem, wie es ihr mental geht, wählt sie eine bestimmte Art von Kleidung. Denn sich an einem Tag auffälliger anzuziehen, an dem es ihr nicht so gut geht, gibt ihr »das Gefühl, angreifbarer zu sein«. Auch das ist politisch, denn die eigene Auswahl des Outfits kann ihr Halt geben und ihre mentale Gesundheit schützen. Henrieke trägt T-Shirts mit politischen Aufdrucken.

Auch Quinn besitzt viele T-Shirts mit antifaschistischen oder queeren Slogans wie T-Shirts mit Anarchie-A. Interessanterweise würden die beiden ihren Style trotzdem nicht unbedingt als politisch beschreiben. Zwar bieten beide Kleidungsstile, wie Henrieke sagt, »eine Fläche für politische Aussagen«, doch sie wollen nicht aktiv politische Meinungen verbreiten. Eher würden die Outfits dabei helfen, Menschen mit ähnlichen (politischen) Einstellungen zu finden. Quinn sieht das vor allem bei »queerer Fashion« als großen Vorteil, wo gewisse Kleidungsstücke in der Subkultur als Zeichen von Queerness bekannt sind. Das Gleiche gilt aber auch für andere politische Bewegungen. Denn: Kleidung kann Menschen ein gewisses »Wir-Gefühl« geben, das für den Zusammenhalt in vielen politischen Bewegungen wichtig ist. Sowohl in antifaschistischen Szenen mit viel dunkler Kleidung als auch bereits viel früher in der Französischen Revolution mit den Sansculottes, die lange Hosen trugen, um sich von der Oberschicht mit ihren Kniebundhosen abzusetzen, spielt das äußere Erscheinen eine große Rolle. Kleidung wird als Mittel genutzt, um sich als eine Gruppe zu identifizieren und – vielleicht sogar wichtiger – sich von anderen abzugrenzen.



© Jillian Mira Pappert

Julian (22) in seiner Lieblingslatzhose

Insgesamt waren die meisten Interviewten der Meinung, dass Fashion grundlegend politisch ist. Hierfür nannten sie nicht nur die eigene Wahl des Outfits, sondern auch Aspekte wie die Produktion der Kleidungsstücke und den damit zumeist einhergehenden Ausbeutungen (Schlagwort fast fashion) bis hin zu der Frage, welche Körpermaße und welches Schönheitsideal repräsentiert werden, sowie die Frage, warum Kleidung geschlechtsspezifisch ist.

Auf die Frage, ob OSI-Student:innen nun einen bestimmten Style haben oder ein Outfit-Clichée erfüllen, konnten die meisten keine klare Antwort geben. Dafür sei das OSI zu groß und die Menschen zu vielfältig. Mein kleines Ratespiel, wer alles am OSI studiert, basiert also mehr auf Glück als auf Fakten.



© Christian Walther

# Domäne Diesseits

800 Jahre auf demselben Acker – vom Rittergut zum Biohof

VON SOFIE EIFERTINGER

»Dahlem-Dorf« schallt es aus den Lautsprechern der gelben Bahn. Hier steige ich aus, um mir – aus dem stickigen Lesesaal kommend – auf dem wohl einzigen Bio-Bauernhof Deutschlands mit U-Bahn-Haltestelle die Beine zu vertreten: der Domäne Dahlem.

»Mitten in der deutschen Hauptstadt«, wie das Leitbild der Domäne Dahlem verspricht, ist das zwar nicht, großstädtisch ist die Gegend durch die über 33.000 Student:innen der FU jedoch allemal – zumindest tagsüber, zumindest im Semester. Auf dem Gelände des früher staatlichen Bauernhofs betreibt heute eine Stiftung ein Museum – überwiegend ein Freilandmuseum – mit Äckern, Beeten und Tierzucht. Hier wird die Historie deutscher Ernährungskultur in mehreren Ausstellungen

gen unter die Lupe genommen und Nahrung nah am urbanen Treiben produziert – und in Hofladen und Landgasthaus teilweise auch gleich konsumiert.



© Christian Walther

Pferde und Federvieh – die Domäne hat auch Tiere

Mir kommt – ich studiere schließlich Politik – das europäische Lieferkettenrecht in den Sinn. Es zielt darauf ab, Unternehmen für die weltweite Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards entlang ihrer globalen Lieferketten in die Verantwortung zu nehmen: keine Kinder- oder Zwangsarbeit, keine Behinderung von Gewerkschaften, keine gesundheitsgefährdenden Arbeitsplätze. Gerade erst, im Dezember 2023, haben sich der Europäische Rat und das Europäische Parlament auf Details für die Anwendung geeinigt.

Doch wir sind in der Idylle Dahlem und die Lieferkette könnte kürzer kaum sein: Im Landgasthaus kommt das »Beste vom Domänen-Acker« direkt auf den Teller. Das ist also eine ziemlich überschaubare Lieferkette. Für das Inland ist dieses Gesetz sowieso nicht gemacht – hier gelten schon relativ strenge Sozial- und Ökostandards –, und für Kleinbetriebe wie die Domäne auch nicht.

Die Domäne sieht sich als historischer Ort in einer besonderen Verantwortung für die eigene Produktionsweise. Die Äcker werden hier seit 800 Jahren bestellt – schon lange vor der Kaiserzeit. Ein Spaziergang über dieses historische Gelände wird zum Bummel durch die Geschichte.

Im 13. Jahrhundert wird Dahlem erstmals urkundlich erwähnt. Ab 1680 belebte das Geschlecht um den Ritter von Wilmerstorff das Gut, das damals große Teil des heutigen Dahlems umfasste, im Dreißigjährigen Krieg wurde es verwüstet. 1838 kaufte es der preussische Staat. Seit 2009 wird es – flächenmäßig drastisch reduziert – von einer gemeinnützigen Stiftung verwaltet.

## Säen, Ernten, Essen

Für die gesamte Produktion auf über einem Hektar Land gelten die Bemühungen, tierfreundliche Praktiken zu implementieren und den Respekt vor allen Lebewesen zu wahren. Das reicht von der Teilnahme an der jährlichen Vogelzählung bis zum Hühnerstaldienst, bei dem Opas und Enkel, Kindergartenfreunde und Kolleg:innen gemeinsam zur Dämmerung die Federtiere zurück ins Gehege bringen.

Ein Besuch bietet die Gelegenheit, die Verflechtung von Natur, Kultur und Politik zu erkunden. Es regt dazu an, über die eigenen Konsumgewohnheiten und die Verantwortung bis auf den eigenen Teller nachzudenken. Die Domäne Dahlem wird so zu einem lebendigen Schauplatz, an dem die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auf lokaler Ebene heruntergebrochen werden und eine gentechnikfreie, bäuerliche und umweltgerechte Landwirtschaft greifbar wird. Und wenn wir uns auf der Domäne schon umschauen, dann sehen wir mehr als nur Felder und Ställe. Hier gibt es auch einen Hofladen, ein Landgasthaus und zwei Museumshäuser, die das Motto »From Farm to Fork« aufgreifen und zahlreiche Geschichten über das Säen, Ernten und Essen erzählen.



© Christian Walther

Der Hofladen bietet Frisches vom eigenen Beet.

## Melitta und die Sehnsuchtsaktivisten

Im barocken »Herrenhaus« – Frauen durften hier früher tatsächlich nicht wohnen – wird beispielsweise eine Kaffeekanne mit Filtersystem von jener Melitta Bentz gezeigt, die 1908 als eine der ersten Frauen überhaupt ein Patent anmelden durfte: die Melitta-Filtertüten. Apropos - im Landgasthaus gibt es auch sehr leckeren Kaffee zu trinken!

Anlässlich der regelmäßigen Marktfeste ist auch ein Blick in verschiedene Handwerksbetriebe möglich. Da sind «Sehnsuchtsaktivisten» tätig – Verfechter eines spielerischen Widerstandes gegen die industrielle Fertigung.

Ein erster Höhepunkt der Saison dürfte der Berliner Staudenmarkt werden, der am 6. und 7. April erstmals und ausnahmsweise nicht im Botanischen Garten stattfindet, sondern auf der Domäne.



© Christian Walther

Das »Herrenhaus«

Schwingenden Schrittes kehre ich zurück. Die U-Bahn-Türen fiepen. Der Mann im Zug, zu dem bei meinem Eintreten ein leichter Stallgeruch hinüberschwebt, rümpft pikiert die Nase und schlürft seinen Kaffeebecher leer.

**FACEBOOK:**  
**@osi-zeitung**



*This is your story & it deserves to be seen.*

QUYNH ESSENCE

ein Designstudio für

FEINSTE  
GRAFIK &

FEINSTE  
PAPETERIE

Modernes Design trifft auf  
traditionelle Handwerkskunst.

Von Logos bis hin zur Geschäfts-  
ausstattung & Hochzeitspapeterie –  
jedes Design erzählt eine individuelle  
Geschichte.

[QUYNH ESSENCE . q-essence.de](http://quynh-essence.de)



# Die Redaktion

## **Teresa Becher (24),**

ist neben dem Master-Studium Politikwissenschaft beim grassroot Think Tank Polis180 aktiv. Nachdem ich im letzten Semester meinen ersten Artikel für die OSI-Zeitung geschrieben habe, konnte ich in dieser Ausgabe eine Frage beantworten, die ich mir schon oft gestellt hatte: Wer steht eigentlich (wortwörtlich) hinter dem OSI-Imbiss? Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen der Ausgabe!

## **Saskia Boller (23),**

nach meinem Bachelor im Grundschullehramt habe ich noch einmal den Studiengang gewechselt und studiere jetzt PoWi im ersten Mastersemester. Ich habe ein Praktikum im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Niedersächsischen Landtag gemacht und dieses Jahr an der Fall-School des OSI-Clubs teilgenommen. Dadurch habe ich Lust darauf bekommen, noch mehr journalistische Erfahrungen zu sammeln. Neben dem Studium spiele ich Fußball oder auch ab und zu Klavier. Ansonsten bin ich dabei, das Großstadtleben zu entdecken.

## **Charlotte Dietrich (20),**

studiere Politik im Bachelor und bin im 5. Semester das erste Mal bei der OSI-Zeitung dabei (und dann auch noch direkt im Leitungsteam, unerschämmt!). Journalistische Vorerfahrung habe ich bei t-online (nein, nichts mit Telekom) gesammelt, mein unnützes Berlin-Wissen ist dabei ins Unermessliche gestiegen. Aktuell in der alten Bundeshauptstadt anzutreffen, freue ich mich nach drei Monaten BMZ-Praktikum aber wieder auf das Studi-Leben.

## **Sofie Eifertinger (leider 27),**

sieht es sich vor als Letzi mit sieben Jahren OSI Studium den Ertis mit historischen Marx-Zitaten die Lust am Postkapitalismus zu verderben. Wartet auf die Rückmeldung zur Masterarbeit in Gender, Intersektionalität und Politik. Schreibt auf Instagram, wohin ihre Beine sie tragen. Spielt Schau.

## **Marvin Glatzer (22),**

studiert natürlich auch Politikwissenschaften und ist als Social-Media Manager für die lustigen Posts und Tweets verantwortlich. Auch vor der sechsten Twitter-Alternative schreckt die OSI-Zeitung daher nicht zurück. Nebenbei ist er in einer klassischen Berlin-Mitte-Kreativ-Agentur tätig oder schaut Markus Lanz beim Moderieren zu.

## **Saskia Kabelitz (22),**

fünftes Semester PoWi und zum fünften Mal bei der OSI-Zeitung am Start. Dieses Semester schon zum zweiten Mal als Redaktionsleiterin, somit bin ich es schon gewohnt, Monologe im Gruppenchat zu führen und Nachrichten mit den Worten »Ich will dich echt nicht nerven, aber...« zu beginnen. Derzeit versuche ich mit jeder Menge Tee, Stricken und Volleyball der Winterdepression entgegenzuwirken. Außerdem arbeite ich als »Sendungsassi« bei der Abendschau und dem ARD-Mittagsmagazin.

## **Dr. Christine Kolmar,**

in den 80ern bei den Publizisten, Historikern und am OSI studiert und promoviert. Über 25 Jahre Journalistin bei ARD (Tagesschau) und n-tv (Chefredaktion/Ltg. Politik), dann u.a. Geschäftsleitung WWF, Dozentin UMC, Senior Vice President Nachhaltigkeit EnBW, Kommunikationsleitung BDL und Kommunikationsberaterin. Nun mit Christian Walther Mentorin/Herausgeberin der OSI-Zeitung. Sonst gerne: lesen, schreiben, denken, bewegen mit und ohne Sportgeräte.

## **Lina Krause (22),**

zuvor habe ich für meinen Bachelor in Leipzig studiert (PoWi/KuWi) und bin nun Ersti im PoWi-Master. Nach kleinen und großen Schreib- und Rechercheprojekten hat mich die Freude daran noch nicht verlassen. Ich gehe gern laufen, liebe alte Kneipen und erfahre jetzt, ob Berlin den ganzen Hype wert ist.

### **Moritz Kreimeier (19),**

studiere im ersten Semester PW im Monobachelor. Hab nach einem FSJ bei Reporter ohne Grenzen noch mehr Lust auf Journalismus und Politik bekommen, insofern fühle ich mich wohl hier! Wenn nicht am OSI, dann bin ich gerne in Schöneberger Kneipen, auf Flohmärkten oder in der Ostkurve eines gewissen Berliner Sportclubs.

### **Iwan Lund (22),**

studiere im Master Politikwissenschaft und bin dieses Jahr das erste Mal bei der OSI-Zeitung dabei. Außerdem: draußen sein, quatschen, schreiben, Musik, Sport, lachen.

### **Klaas Moll (20),**

studiere Politikwissenschaft im 1. Semester als Monobachelor. Nach meinem FSJ in Ägypten und einem Praktikum in der Hamburger Bürgerschaft, möchte ich nun meine ersten journalistischen Erfahrungen sammeln. Musizieren, wenn die Worte nicht mehr reichen. Ansonsten ist mir gesund leben wichtig im Feinstaub der Fahrradwege.

### **Lea Murru (23),**

studiere im ersten Mastersemester PoWi und bin das zweite Mal bei der OSI-Zeitung tätig, diesmal in der Redaktionsleitung. Nach meinem Vollzeitpraktikum im Bundestag freue ich mich, wieder in das Studentenleben einzutauchen. Abseits der Uni findet man mich auf dem Tennisplatz, im Fitnessstudio oder in Italien bei meiner Familie.

### **Lennart Nembach (20),**

bin auch im ersten Semester Politikwissenschaften. Hab vorm Studium ein FSJ bei einem »linksgrün versifften« Abgeordneten im Bundestag gemacht, bin immer noch da und mache dort was »die jungen Leute« so machen: Social Media. Sonst bin ich oft auf Demos zu finden und brülle mir die Seele aus dem Leib. Gegen ein Bierchen und ne Kippe spricht nichts.

### **Jillian Mira Pappert (20)**

studiere im ersten Semester im Monobachelor Politikwissenschaft. Nach meinem FSJ beim Deutschen Kinderhilfswerk, interessiere ich mich jetzt umso mehr für politischen Journalismus und freue mich sehr, dass ich bei der OSI-Zeitung meine beiden Leidenschaften verbinden

kann! Wenn ich nicht gerade versuche, in einer der vielen Bibliotheken der FU mit dem Lesematerial mitzuhalten, findet man mich in Buchläden, abends in Bars in Neukölln und im Sommer natürlich in den Berliner Parks!

### **Tim Pößnecker (20),**

Studiere im ersten Semester Kombi-Bachelor PuK und PoWi. War mal parteipolitisch unterwegs, aber hatte dann die Nase voll und bin jetzt umso stärker journalistisch interessiert. Hab schon immer gern geschrieben, aber journalistisch jetzt zum ersten Mal. (Sofern nicht doch alles von ChatGPT kam...)

### **Mathilda von Renesse (endlich 18),**

studiere PW im ersten Semester auf Probe. Auch um Journalismus als mögliche Karriereoption ins Auge zu fassen. Bin Fan vom OSI (und natürlich der OSI-Zeitung), obwohl selbstorganisiertes Lernen und Deadlines eher nicht so mein Ding sind. Abgesehen von nächtlichen Doppelkopfrunden genieße ich die Freiheiten (und die Mensal!) rund um das Studium und das bunte Treiben.

### **Julia Rottmann (22),**

studiert seit Oktober 23 am OSI. In der Nähe von Osnabrück aufgewachsen, zog sie 2019 nach Berlin und ist – abgesehen von drei kurzen Monaten in Den Haag, Holland – seitdem auch nicht mehr weggegangen. Seitdem sie ihre Ausbildung zur Medienkauffrau im Januar 22 abgeschlossen hat, arbeitet sie in der Redaktion von »The Pioneer«, wo sie auch heute noch als Werkstudentin tätig ist. Sonst findet man sie meistens bei ihren Freundinnen in Cafés, Bars, Museen, auf Reisen, auf langen Spaziergängen und/oder versunken in einem Buch/Serie.

### **Dr. Christian Walther (67),**

OSI-Diplom 82, IfPuK-Diss 2015. TV-Reporter (Abendschau), Zeitungsmacher, Pressechef bei FU, Wissenschaftsverwaltung und Leibniz-Gemeinschaft, PR-Berater – neuerdings für HugenottenMuseum – und Buchautor (»Des Kaisers Nachmieter«). Gründer OSI-Club, Ex-Vorsitzender Journalistenverband Berlin-Brandenburg. Mehrfach Lehrbeauftragter, zuletzt 2021 mit Reanimation OSI-Zeitung. Jetzt mit Christine Kolmar Herausgeber/Mentor der OSI-Zeitung.

# OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO SUHR INSTITUT

Die OSI-ZEITUNG wird herausgegeben durch den Förderverein OSI-ZEITUNG e.V.,  
vertreten durch und presserechtlich verantwortlich:

Dr. Christine Kolmar und Dr. Christian Walther

**REDAKTIONSLEITUNG:**

Saskia Kabelitz, Lea Murru und Charlotte Dietrich

**REDAKTION:**

Teresa Becher, Saskia Boller, Charlotte Dietrich, Sofie Eifertinger, Marvin Glatzer,  
Saskia Kabelitz, Dr. Christine Kolmar, Lina Krause, Moritz Kreimeier, Iwan Lund,  
Klaas Moll, Lea Murru, Lennart Nembach, Jillian Mira Pappert, Tim Pöbnecker,  
Mathilda von Renesse, Julia Rottmann, Dr. Christian Walther

**AUTOREN:** Frank Jansen, Thomas Raabe, Jochen Stadt

**GESTALTUNG:** Anh Quynh Tran

**KONTAKT:** [OSI-Zeitung@osi-club.de](mailto:OSI-Zeitung@osi-club.de)